

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0313/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 01.09.2023
		Verfasser/in: FB 56/120
Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.04.2023 und vom 15.06.2023 – jeweils öffentlicher Teil		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.09.2023	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.04.2023 – öffentlicher Teil.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 15.06.2023 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Erläuterungen:

keine

Die Oberbürgermeisterin



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

15. Juni 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.04.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:17 Uhr
Ort, Raum:	forum M der Mayerschen Buchhandlung Aachen GmbH

Anwesende:

Ratsherr Hans Leo Deumens als Vorsitzender

Frau Uschi Brammertz

Ratsfrau Franca Braun

Ratsherr Birdal Dolan

Frau Anne Eickholt

Herr Frank Hansen

Frau Jutta Hennig

Frau Heike Keßler-Wiertz

Ratsfrau Dr. Julia Oidtmann

Herr Tim Pilz

Frau Bürgermeisterin Hilde Scheidt

ASID/14/WP18

Ausdruck vom: 15.06.2023

Seite: 1/25

Frau Caline Strack

Ratsherr Dirk Szagunn

Ratsherr Peter Tillmanns

Frau Nadine van der Meulen

Frau Noemie Verbracken

als Vertreterin für Herrn Bürgermeister Holger Brantin, bis 18:25 Uhr

Ratsfrau Renate Wallraff

als Vertreterin für Ratsfrau Nathalie Koentges

Herr Dirk Zirbes

Abwesende:

Herr Bürgermeister Holger Brantin

entschuldigt

Frau Dr. Catharina Jacobskötter

unentschuldigt

Frau Heike Keßler-Wiertz

entschuldigt

Ratsfrau Nathalie Koentges

entschuldigt

Herr Michael Wedepohl

unentschuldigt

Frau Anahid Younessi

unentschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Prof. Dr. Sicking

Dezernat VI - Wohnen, Soziales und Wirtschaft -
Beigeordneter

Herr Frankenberger

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration -
Fachbereichsleitung

Frau Knabe

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Herr Rahn-Bergner

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

als Gäste:

Frau Köster	Vorsitzende, Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der StädteRegion Aachen
Frau Ritzen	Mitglied, Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der StädteRegion Aachen
Herr Lübben	Mitglied, Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der StädteRegion Aachen
Frau Siller	Städteregionstagsmitglied der StädteRegion Aachen
Frau Cormann	Mitglied, Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der StädteRegion Aachen
Herr Dr. Ziemons	Dezernat III - StädteRegion Aachen - Beigeordneter
Frau Kirch	Schriftführerin, Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der StädteRegion Aachen
Frau Jordan	Solwodi e. V.
Frau Völl	Solwodi e. V.
Herr Krings	pbs-Architekten

als Schriftführerin

Frau Kehr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt Aachen und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der Städteregion Aachen**

- 2 **Sachstandsbericht der Verwaltung zur Unterbringung und Betreuung wohnungsloser Menschen**
(u. a. Ratsantrag der SPD-Fraktion „Schaffung von Angeboten für obdachlose Frauen“ vom 18.02.2021-073/18)
Vorlage: FB 56/0285/WP18

- 3 **Housing First**
- Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und CDU vom 04.02.2022 (222/18)
- Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und SPD vom 22.03.2023 (338/18)
Vorlage: FB 56/0284/WP18

- 4 **Modernisierung der Einrichtungen für wohnungslose und geflüchtete Menschen in der Stadt Aachen (Antrag der Fraktionen von GRÜNEN und CDU vom 03.02.2022 – 221/18)**
Vorlage: FB 56/0281/WP18

- 5 **Solwodi - Vorstellung des Jahresberichts 2022**
Vorlage: FB 56/0283/WP18

- 6 **Eröffnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt Aachen**

- 7 **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2022 und vom 19.01.2023 – jeweils öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0276/WP18

- 8 **Antrag „Modellprojekt Kümmerei Driescher Hof“ - Ratsantrag der CDU- Fraktion vom 18.01.2023 (311/18)**
Vorlage: FB 56/0280/WP18
- 9 **Neue Richtlinie für den Stadtteiffonds**
Vorlage: FB 56/0282/WP18
- 10 **Unterstützung der Integrativen Jugendcamps des Fördervereins „Integration durch Sport“ aus Mitteln der ehemaligen Rummeny-Stiftung**
Vorlage: FB 56/0278/WP18
- 11 **Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen durch Hinzuziehung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe; auch Ratsantrag 128/18 der SPD – Fraktion, „Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Menschen mit Behinderung in den Fachausschüssen“**
Vorlage: FB 56/0223/WP18
- 12 **Aktuelle Situation**
a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0270/WP18
- 13 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2022 und vom 19.01.2023 – jeweils nichtöffentlicher Teil:
Vorlage: FB 56/0277/WP18**

- 2 **Grundstücksangelegenheit: Anmietung von Wohnraum zur Unterbringung geflüchteter und wohnungsloser Menschen - Von Coels-Str. 172
Vorlage: FB 56/0279/WP18**

- 3 **Grundstücksangelegenheit: Anmietung von Wohnraum zur Unterbringung wohnungsloser Menschen – Bahnhofstr. 28 - 32
Vorlage: FB 56/0287/WP18**

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt Aachen und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der Städteregion Aachen

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Ausschusssitzung. Er heißt die anwesenden Mitglieder und fachpolitischen Sprecher*innen des städteregionalen Ausschusses für Soziales, Gesundheit Senioren und demographische Vielfalt, die Vorsitzende des städteregionalen Ausschusses, Frau Köster sowie als Vertreter*innen der Verwaltung der StädteRegion Aachen Herrn Dr. Ziemons und Frau Kirch sehr herzlich willkommen. Ebenfalls begrüßt er die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt Aachen, Vertreter*innen der Stadtverwaltung Aachen und die Gäste. Herr Deumens weist darauf hin, dass es sich, anders als in der Einladung benannt, um eine gemeinsame Sitzung des städtischen Ausschusses mit den sozialpolitischen Sprecher*innen und der Vorsitzenden des städteregionalen Ausschusses handele.

Danach übergibt Herr Deumens das Wort an Frau Köster, die Vorsitzende des städteregionalen Ausschusses. Frau Köster verleiht Ihrer Freude über die heutige Sitzung Ausdruck und blickt auf die gemeinsame Sitzung beider Gremien zum Schwerpunktthema „Suchthilfe“ im November 2021 zurück. Mit Blick auf die Zukunft äußert sie den Wunsch nach weiteren Sitzungen im kooperativen Verfahren.

Am Ende dieses Tagesordnungspunkts fragt Herr Deumens nach Änderungswünschen zur vorliegenden Tagesordnung bis einschließlich TOP 5 „Solwodi - Vorstellung des Jahresberichts 2022“.

Änderungswünsche liegen nicht vor.

zu 2 Sachstandsbericht der Verwaltung zur Unterbringung und Betreuung wohnungsloser Menschen
(u. a. Ratsantrag der SPD-Fraktion „Schaffung von Angeboten für obdachlose Frauen“ vom 18.02.2021-073/18)
Vorlage: FB 56/0285/WP18

Für die Verwaltung berichtet Herr Frankenberger. Dazu liegt eine Präsentation „Sachstandsbericht der Verwaltung zur Unterbringung und Betreuung wohnungsloser und suchtkrankender Menschen in der Stadt Aachen“ vor, die sich in der Anlage zu dieser Niederschrift befindet. Nach einem kurzen Exkurs zum Schwerpunktthema der gemeinsamen Sitzung im November 2021 informiert Herr Frankenberger, dass sich die Zahl der wohnungslosen Menschen in Aachen in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 in unvorhersehbarer Weise um ca. zehn Prozent erhöht habe. Zu den Ursachen könne die Fachverwaltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine seriösen Angaben machen.

Nach diesen Vorbemerkungen beginnt Herr Frankenberger seine Präsentation ein. Angesprochen werden die Hintergründe für die Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung des Sachstandsberichts, der aktuelle Sachstand der bereits im März 2022 abgeschlossenen Suchthilfeplanung sowie die weitere Agenda der Planungen auf dem Feld der „Wohnungslosenhilfe“, z. B. hinsichtlich Kapazitäten, Standorten und Betreuung. In puncto „Kapazitäten“ gibt Herr Frankenberger einen kurzen Ausblick auf die Machbarkeitsstudie über die Sanierung städtischer Übergangswohneinrichtungen (TOP 4). Im Rahmen des Sachstandsberichts zum Thema „Betreuung“ erfolgt ein Exkurs zu TOP 3 „Housing First“.

Der Vorsitzende und Mitglieder aller Ratsfraktionen danken der Verwaltung für die informative Vorlage. Herr Deumens und Frau Braun loben explizit noch einmal das hervorragende Angebot im wiedereröffneten Café Plattform der Caritas.

Für die antragstellende SPD-Ratsfraktion bedankt sich Frau Dr. Oidtmann für die Bearbeitung des Antrags durch die Verwaltung. Hinsichtlich der Zielsetzung des Antrags hält Frau Dr. Oidtmann fest, dass sich die Unterbringungssituation für Frauen aufgrund des Initiativwerdens der Verwaltung dankenswerterweise bereits verbessert habe. Im Hinblick auf die 2023 kurzfristig überproportional angestiegene Unterbringungszahlen wohnungsloser Menschen in Aachen, spricht sich Frau Dr. Oidtmann für die zügige Etablierung eines Ersatzstandortes für den auslaufenden Standort Bahnhofstraße aus und fragt nach, ob Politik und Verwaltung auch auf dem Feld der Betreuung durch Sozialarbeiter*innen gegebenenfalls noch einmal nachsteuern müssten.

ASID/14/WP18

Ausdruck vom: 15.06.2023

Seite: 8/25

Kritisch sieht Frau Dr. Oidtmann, dass die Verwaltung unter Punkt „Fazit“ der Vorlage nicht deutlicher beschrieben habe, welche konkreten Schritte perspektivisch an welchen Standorten zum Ausbau der Unterbringungskapazitäten unternommen werden könnten - z. B. in Form einer Prioritätenliste.

Herr Tillmans schließt sich dem Lob an der Arbeit der Verwaltung an. Als Reaktion der Politik auf die Dynamik der Bedarfsentwicklung regt er zeitnahe und passgenaue Entscheidungen an. Außerdem spricht Herr Tillmans die Problematik der Unterbringung wohnungsloser Menschen mit psychischen Erkrankungen an. Beispielhaft nennt er einen Einzelfall einer Dialysepatientin mit einer schweren Psychose. Im Ergebnis plädiert Herr Tillmans für den vermehrten Einsatz von Sozialarbeiter*innen in den städtischen Wohneinrichtungen.

Auch Frau Braun dankt der Verwaltung. Die Vorlage zeige, wie viel schon am Thema Unterbringung und Betreuung gearbeitet worden sei. Frau Braun begrüßt zudem, dass infolge der Vorlage und der Diskussion im Ausschuss nun auch das Thema der Unterbringung gerade von wohnungslosen Frauen in Aachen in Zukunft kontinuierlich mitgedacht werden würde. Am Ende ihres Wortbeitrags lobt Frau Braun den neu eröffneten Standort Reumontstraße und bedankt sich bei der Caritas für die Einladung der Politik zur Eröffnung des Café Plattform.

Frau Cormann und Herr Hansen fragen nach den Ursachen für den sprunghaften Anstieg wohnungsloser Menschen in den ersten vier Monaten des Jahres. Frau Cormann möchte insbesondere wissen, ob auch bauordnungsrechtliche Genehmigungsverfahren für Wohnungen im Bestand und die Leerstandsquote ursächlich für fehlende Unterbringungskapazitäten sein könnten. Herr Hansen wirft die Frage nach einer möglichen Ursächlichkeit zunehmender Altersarmut auf.

Zur Beantwortung der Fragen skizziert Herr Frankenberger zunächst das verwaltungsseitig geplante Verfahren zur Kompensation des auslaufenden Standorts Bahnhofstraße. Die Bewohner*innen des Hauses sollen demnach interimweise in die Leydel- und Wirichsbongardstraße umziehen. Im Falle einer von der Politik ggf. noch zu beschließenden Grundsanierung und Wiederanmietung des Gebäudes Bahnhofstraße und der Anmietung eines weiteren Objekts in der von-Coels-Straße, könne „unter dem Strich“ eine zusätzliche Einrichtung für die Unterbringung hinzugewonnen werden, um den steigenden Bedarf zu decken. Parallel dazu suche die Verwaltung zurzeit intensiv nach weiteren zusätzlichen Standorten, so Herr Frankenberger weiter. Möglicherweise könne auch eine Containerlösung kurzfristig zusätzliche Spielräume eröffnen. In der Frage der qualitativen Ausbaustandards verweist Herr Frankenberger exemplarisch auf den geplanten Qualitätsstandard der Einrichtung Beginenstraße unter TOP 4 „Modernisierung von Einrichtungen für wohnungslose und geflüchtete Menschen in der Stadt Aachen“.

Zur Frage des Betreuungsschlüssels von Sozialarbeiter*innen zu Bewohner*innen berichtet Herr Frankenberger, dass nach Auffassung der Verwaltung in den Übergangswohneinrichtungen grundsätzlich ein Schlüssel von eins zu fünfzig hinreichend sei, anderes gelte nur bei Einrichtungen mit speziellen Betreuungsbedarfen, wie z. B. dem Wohnhotel in der Leydelstraße oder Angeboten des noch zu entwickelnden Housing-First-Programms. Angesichts des Fachkräftemangels liege das Hauptproblem momentan mehr in der Besetzung vorhandener Personalstellen als in deren Erhöhung im Stellenplan. In Sachen Ursachenforschung für die die stark angestiegenen Unterbringungszahlen könne die Verwaltung noch keine belastbaren Angaben machen. Der angespannte Wohnungsmarkt spiele höchstwahrscheinlich eine Rolle. Als Ursache ausgeschlossen werden könne in der Stadt Aachen hingegen die Leerstandsquote. Diese betrage in Aachen nachweislich nur 2,2 % und liege damit nach Auffassung von Fachleuten tatsächlich sogar zu niedrig - ein gesunder Wohnungsmarkt benötige laut Angaben von Wohnungsmarktfachleuten ca. 3 % Leerstand um notwendige Umzugsmöglichkeiten zu gewährleisten. Auch die Dauer von bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren könne in Aachen, nach Auffassung der Verwaltung, als Faktor ausgeschlossen werden.

Frau Knabe ergänzt Herrn Frankenbergers Ausführungen dahingehend, dass noch keine Ursachenanalyse habe stattfinden können. Daher könne nicht gesagt werden, ob die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe (ältere Menschen, psychisch kranke Menschen, Familien, Alleinstehende) oder z. B. die vermehrte Räumung von Wohnungen im Klageweg eine Rolle spiele. Denkbar sei aber, dass der sprunghafte Anstieg darauf zurück zu führen sei, dass der bundesweite Trend hinsichtlich der Inanspruchnahme von Übergangswohneinrichtungen, von dem Aachen bisher abgekoppelt gewesen sei, nun mit zeitlicher Verzögerung auch in Aachen angekommen sei.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich Vertreter*innen aller Fraktionen in der Diskussion besorgt darüber äußern, dass die Zahl ordnungsrechtlich untergebrachter Menschen in Aachen in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 um rund ein Drittel angestiegen ist.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Angesichts sich verändernder und zunehmender Bedarfe bei der Versorgung wohnungsloser Menschen

ist das Hilfeangebot laufend zu überprüfen, anzupassen und möglicherweise zu erweitern. Hierzu ist dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie weiter zu berichten.

Der Ratsantrag der SPD – Fraktion vom 18.02.2021 (073/18) „Schaffung von Angeboten für obdachlose Frauen“ gilt damit als erledigt.

zu 3 **Housing First**

- Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und CDU vom 04.02.2022 (222/18)

- Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und SPD vom 22.03.2023 (338/18)

Vorlage: FB 56/0284/WP18

Zu Beginn der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt erinnert Herr Deumens an die Ausführungen, welche die Verwaltung bereits im Rahmen der Präsentation zu TOP 2 zum Thema „Housing First“ gemacht hat.

Herr Tillmans meldet sich zu Wort und ist froh darüber, dass mit der heutigen Verwaltungsvorlage nun der Einstieg in das Programm erfolgen könne. Er merkt an, dass die flankierenden Hilfsangebote von entscheidender Bedeutung für das Gelingen oder Nichtgelingen des Projekts seien. Außerdem zeigt sich Herr Tillmanns gespannt darauf, welche Wohnungsmarktakteure und Investoren in Aachen an welchem Standort bereit seien sich am Projekt „Housing First“ zu beteiligen.

Frau Braun dankt der Verwaltung dafür, dass diese sich im Rahmen eines Ortstermins in Düsseldorf über das Housing-First-Projekt informiert habe. Sie stellt noch einmal die Wichtigkeit des geplanten Aachener Programms heraus und verweist auf das Menschenrecht auf Wohnen bzw. spricht die Unvorstellbarkeit jeder Form von Wohnungslosigkeit an. Darüber hinaus schildert Frau Braun positive Effekte von Projekten anderer Städte und Nationen.

Auch Frau Dr. Oidtmann begrüßt das Projekt. Sie hebt insbesondere die Bedeutung einer funktionierenden Betreuung der Programmteilnehmer*innen durch Sozialarbeiter*innen hervor, um z. B. Einsamkeit und Verwahrlosung vorzubeugen. Sie regt eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels an. Am Ende ihres Beitrags schlägt sie im Namen der grün-roten Koalition eine Ergänzung des Beschlusstextes vor. Demnach sollen nach dem Wort „erarbeiten“ die Worte *„das auch ein Betreuungskonzept vorsieht und die Träger der niederschweligen Hilfen einbezieht“* eingefügt werden.

ASID/14/WP18

Ausdruck vom: 15.06.2023

Seite: 11/25

Herr Lübben wünscht sich, dass auch die städteregionale GWG einen oder mehrere Standorte für das Housing-First-Programm zur Verfügung stellen werde, vielleicht sei eine Zusammenarbeit möglich.

Frau van der Meulen schließt sich dem Lob für das geplante Programm an.

Danach beschließt der Ausschuss einstimmig, in wie folgt geänderter Fassung:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, ein Housing First-Konzept für die Stadt Aachen zu erarbeiten, das auch ein Betreuungskonzept vorsieht und die Träger der niedrigschwelligen Hilfen einbezieht.

**zu 4 Modernisierung der Einrichtungen für wohnungslose und geflüchtete Menschen in der Stadt Aachen (Antrag der Fraktionen von GRÜNEN und CDU vom 03.02.2022 – 221/18)
Vorlage: FB 56/0281/WP18**

Herr Krings von der Firma pbs architekten stellt anhand einer Präsentation wichtige Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor. Die Präsentation befindet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.

Erläutert werden Aufgabenstellung und Vorgehensweise zur langfristigen Nutzung der Gebäude mit zeitgemäßen Wohnungen als Gesamtziel. Am Beispiel der Unterkünfte Lombardenstraße und Beginenstraße werden Themenkomplexe wie

- Mängel und Schäden
- bisherige und geplante Struktur der Raumaufteilung
- wesentliche Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen
- Umbaukosten im Bestand und Kosten für die Variante Abriss und Neubau beleuchtet:
z. B. seien beim Objekt Lombardenstraße, welches im Übrigen nicht für Barrierefreiheit geeignet sei, die Umbaukosten mit rd. 3,1 Mio. Euro, die Kosten für Abriss und Neubau mit rd. 6,6 Mio. Euro zu kalkulieren. Im Falle der Beginenstraße, die barrierefrei umgebaut werden könne, läge die Kalkulation für den Umbau von Alt- und Anbau bei rd. 2,93 Mio. Euro, bei Umbau alleine des Nebengebäudes (Notschlafstelle) bei rd. 1,51 Mio. Euro.

Weitere Bestandteile des Vortrags sind

- die zusammenfassende Bewertung aller zwölf untersuchten Standorte in Stichworten
- die wesentlichen Kriterien, die für Instandsetzung, Modernisierung und Umbau zugrunde gelegt wurden
- eine tabellarische Kostenübersicht
- die Bewertungsmatrix für die Priorisierung der verschiedenen zu renovierenden Objekte.

Im Anschluss an die Präsentation beantwortet Herr Krings Fragen von Frau Braun zu den Themen Barrierefreiheit von geplanten Badeinbauten bzw. Badumbbauten sowie Dachausbauten.

Frau Dr. Oidtmann möchte von der Verwaltung wissen, ob der veranschlagte Umsetzungszeitraum von zehn Jahren realistisch sei und wünscht sich für die Zukunft, dass die Verwaltung dem Ausschuss einen Finanzplan für die in den nächsten Jahren vorgesehenen Umbaumaßnahmen vorlege.

Frau Braun spricht sich für eine schnelle Umsetzung des Umbauprogramms aus. Sie weist auf die Wichtigkeit der Umbauten gerade vor dem Hintergrund des Schutzes der Privatsphäre der Bewohner*innen und der Ermöglichung von Tagesstruktur hin.

Herr Frankenberger informiert, dass die Verwaltung einen Umsetzungszeitraum von insgesamt zehn Jahren für realistisch und einhaltbar halte. Geplant sei, pro Jahr ein Objekt umzubauen. Wenn und soweit die Politik den Arbeitsauftrag erteile, würden der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration und das städtische Gebäudemanagement unmittelbar mit der Planung und Umsetzung beginnen.

Frau Braun verweist auf den Ratsbeschluss zum Klimanotstand und bittet die Verwaltung, in Zukunft im Formblatt „Klimarelevanz - Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/für die Klimafolgenanpassung“, das obligatorisch Bestandteil jeder Verwaltungsvorlage sei, die entsprechenden Angaben zu machen. Für die Ausschussmitglieder sei es von Interesse, zu erfahren, wie viele Tonnen CO₂ durch die geplanten Umbaumaßnahmen in den Übergangswohneinrichtungen jährlich eingespart werden könnten.

Außerdem bittet Frau Braun darum, dass das städtische Gebäudemanagement den Ausschuss während der Umsetzungsphase der Umbauten kontinuierlich über den Fortgang der Arbeiten auf dem Laufenden halten möge.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird

- in Satz 3 des Beschlussvorschlags der Verwaltung ein redaktioneller Fehler bereinigt, in dem das Wort „unterrichtet“ hinzugefügt wird
- im Beschlusstext ein neuer Satz 5 angehängt, der die Behandlung des gemeinsamen Ratsantrags von Grünen/CDU durch diese Verwaltungsvorlage feststellt.

Solchermaßen geändert beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die Planungen für die Sanierung der priorisierten Objekte fortzuführen. Der Ausschuss für Soziales und Integration und Demographie wird laufend über den Fortgang unterrichtet. Konkrete Maßnahmen werden zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Ratsantrag von Grünen und CDU vom 03.02.2022 gilt damit als behandelt.

zu 5 Solwodi - Vorstellung des Jahresberichts 2022

Vorlage: FB 56/0283/WP18

Frau Jordan, Solwodi e. V., stellt den Jahresbericht anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation findet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.

Im Rahmen der Berichterstattung geht Frau Jordan auf folgende Themenkreise ein:

- Organisationsstruktur, Zielsetzung, Mitarbeiter*innenstruktur und Standorte von Solwodi,
- Zielgruppen
- Arbeitsschwerpunkte allgemein und nach den einzelnen Anlauf- und Beratungsstellen sowie
- Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnern.

In der sich an die Präsentation anschließenden Aussprache beantworten Frau Jordan und Frau Völl Fragen von Ausschussmitgliedern.

Von Frau Brammert, Frau van der Meulen und Frau Braun werden unter anderem folgende Aspekte angesprochen bzw. nachgefragt:

- a) Welche Sprachen von den Berater*innen gesprochen würden?
- b) Welche Ursachen die teilweise zeitlich sehr begrenzten Beratungsangebote in der Beratungsstelle „Lumina“ hätten, warum die Anzahl der Beratungsgespräche in der Antoniusstraße im Jahr 2022 so volatil gewesen sei und welche Effekte die Corona und die Lockdowns auf die Beratungstätigkeit im Allgemeinen gehabt hätten?
- c) Mit Hilfe welcher Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen, z. B. soziale Medien, die Aufmerksamkeit von Sexarbeiterinnen für die Beratungsangebote von Solwodi erhöht werden könne?
- d) Was der Hintergrund für die von Solwodi vereinnahmten Bußgelder sei?

Zu diesen Aspekten/Nachfragen wird seitens Solwodi erläutert:

zu a) Es werde Deutsch, Russisch, Bulgarisch, Spanisch und Englisch gesprochen.

zu b) mit der Pandemie sei die Kontaktaufnahme zu den Klientinnen schwierig gewesen und die Angebote in der Antoniusstraße seien somit weniger geworden. Anschließend sei das Angebot in der Jakobstraße zunehmend angenommen worden, sodass mehr Zeit dort investiert wurde, um den Wünschen der Frauen nachzukommen. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Frauen während und nach der Pandemie wirke sich ebenfalls auf die Anzahl der Kontakte aus.

zu c) Infos über die Angebote von Solwodi erfolgten über Vernetzung mit der Katholischen Hochschule Aachen, den Sozialdiensten des Alexianer-Krankenhauses und der RWTH, Kooperationen Beständen mit dem Café Troddwar und dem Projekt Liane. Darüber hinaus sei Solwodi auf Instagram aktiv. Auch über Streetwork - gemeinsam mit dem Gesundheitsamt- würden die Frauen erfahren, welches Angebot Solwodi vorhalte.

zu d) Solwodi erhalte Spenden aus von der Justiz realisierten Bußgeldern.

Verschiedene Redner*innen, u. a. Frau Wallraff, Frau Braun und Herr Lübben, danken Frau Jordan und Frau Völl während der Debatte für den Bericht sowie für die von den Mitarbeiter*innen geleistete schwierige aber sehr notwendige Beratungstätigkeit.

Nach überwiegender Auffassung der anwesenden Ausschussmitglieder sollte die mündliche Berichterstattung von Solwodi im Ausschuss in Zukunft konkreter und mit Hilfe von Fallbeispielen erfolgen.

Festzuhalten bleibt, dass der Arbeitskreis Prostitution laut Frau Brammertz und Frau Braun auf keinen Fall möchte, dass Solwodi die Beratungstätigkeit mit dem prioritären Ziel führt, Sexarbeiterinnen zum Ausstieg aus der Prostitution zu bewegen. Ganz im Gegenteil wünsche der AK Prostitution ausdrücklich, dass die Beratungstätigkeit von Solwodi auf Grundlage und mit dem Ziel der Gewährleistung der im Prostitutionsschutzgesetz verankerten, vollen autonomen Entscheidungsfreiheit der Sexarbeiterinnen und der konkreten Verbesserung deren Lebensumstände stattfindet.

Als Fazit der Ausschusssitzung vom 29.09.2022 und der heutigen Ausschusssitzung formuliert der Vorsitzende, Herr Deumens, die Absicht, kontinuierlich im Gespräch und Austausch bleiben zu wollen und auf diese Weise aufgetretene Irritationen abzubauen zu wollen.

Danach ergeht einstimmig folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 6 Eröffnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt Aachen

Bevor TOP 6 zur Beratung aufgerufen wird, unterbricht der Vorsitzende, Herr Deumens, die Sitzung für fünf Minuten. Er bedankt sich für die Teilnahme der Sprecher*innen des städteregionalen Ausschusses und der städteregionalen Verwaltungsmitarbeiter*innen an der Sitzung und gibt den Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen der StädteRegion Aachen die Möglichkeit die Sitzung zu verlassen.

Um 19:40 Uhr eröffnet Herr Deumens die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt Aachen wieder.

Der Vorsitzende weist auf die Tischvorlage hin, welche die CDU-Fraktion vor der Sitzung verteilt hat

(Geänderter Beschlussvorschlag zur Verwaltungsvorlage FB 56/0280/WP18 „Antrag „Modellprojekt Kümmerei Driescher Hof“ - Ratsantrag der CDU- Fraktion vom 18.01.2023 (311/18)“). Die Tischvorlage befindet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche der Tagesordnung für die TOPs Nr. 6 bis 13 des öffentlichen Sitzungsteils liegen nicht vor.

zu 7 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2022 und vom 19.01.2023 – jeweils öffentlicher Teil

Vorlage: FB 56/0276/WP18

Ohne Aussprache genehmigt der Ausschuss einstimmig bei drei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit die Niederschrift der Sitzung vom 8. Dezember 2022.

Sodann genehmigt der Ausschuss ebenfalls einstimmig, bei drei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit in der Sitzung, die Niederschrift vom 19. Januar 2023.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2022 – öffentlicher Teil.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 19.01.2023 – öffentlicher Teil.

zu 8 Antrag „Modellprojekt Kümmerei Driescher Hof“ - Ratsantrag der CDU- Fraktion vom 18.01.2023 (311/18)

Vorlage: FB 56/0280/WP18

Für die antragstellende CDU-Ratsfraktion erläutert Herr Tillmanns den geänderten Beschlussvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Tillmanns begrüßt zunächst das bereits vorhandene gute Quartiersmanagementangebot im Viertel, wünscht sich im Rahmen der Konzeptionierung für die Zukunft aber mehr Zielgenauigkeit bei der Erreichung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Insofern teile die CDU-Fraktion nicht die in dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage zum Ausdruck kommende Einschätzung der Verwaltung, dass bereits alles gut laufe bzw. es keine weiteren Verbesserungsmöglichkeiten mehr gebe. Im Sinne einer besseren Nachvollziehbarkeit und Erfolgskontrolle des gegenwärtigen Quartiersmanagementkonzepts hätte sich die CDU-Fraktion insofern auch mehr statistisches Material in der Begründung der Verwaltungsvorlage gewünscht, so Herr Tillmanns weiter.

Beschlusspunkt Nr. 2 des geänderten Beschlussvorschlags enthalte, nach Aussage von Herrn Tillmanns, die von der CDU-Fraktion favorisierte Verbesserung der Quartiersarbeit in Form der Etablierung einer zweiten Säule der Beratungstätigkeit für hilfsbedürftige Menschen - die Kümmerei - etwa in der OT oder den örtlichen Schulen. Mit diesem Angebot könnten die Menschen dort abgeholt werden wo sie sich aufhielten und die Berater*innen könnten wichtige Lotsenfunktionen z. B. für die Beantragung verschiedener Hilfs- und Transferleistungen übernehmen.

Frau Braun und Frau Dr. Oidtmann kündigen an, dass die Koalition dem Vorschlag der CDU nicht zustimmen werde. Begründet wird dies damit, dass die angesprochene Lotsenfunktion im Rahmen des jetzigen Quartiersmanagementkonzepts bereits wahrgenommen werde, wie der Begründungstext der Verwaltungsvorlage zeige. Die erforderliche Dezentralität des Beratungsangebots werde beispielsweise heute schon durch die Schulsozialarbeiter*innen in den Schulen sichergestellt. Hier könnten schon heute die gewünschten Hilfen beim Transferleistungsbezug erhalten werden, so Frau Braun und Frau Dr. Oidtmann.

Herr Frankenberger verweist auf den laufenden ISEK-Prozess. Im Rahmen des Prozesses sei es möglich, zusätzliche Beratungsbedarfe zu identifizieren und, wenn sinnvoll, über die Förderkulisse gegebenenfalls auch finanziell abzubilden. Es könne also durchaus sein, dass das, was die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag „Kümmerei“ und dem geänderten Beschlussvorschlag anstrebe, im ISEK-Prozess noch umgesetzt werden würde, eine regelmäßige Berichterstattung erfolge ohnehin.

ASID/14/WP18

Ausdruck vom: 15.06.2023

Seite: 18/25

Die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag ergibt keine Mehrheit. Mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen wird der Änderungsantrag abgelehnt.

Anschließend beschließt der Ausschuss einstimmig im Sinne des Beschlussvorschlags der Verwaltungsvorlage:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das städtische Quartiersmanagement im Bereich Forst / Driescher Hof, wie in der Vorlage beschrieben, perspektivisch zu stärken und aufzubauen. Die Quartiersarbeit in Verbindung mit den lokalen Institutionen und Einrichtungen (z.B. OT Driescher Hof) soll entsprechend weiter fortgesetzt werden. Dem Ausschuss ist einmal jährlich über die Arbeit des Quartiersmanagements am Driescher Hof zu berichten.

zu 9 Neue Richtlinie für den Stadtteifonds

Vorlage: FB 56/0282/WP18

Auf Nachfrage von Frau Braun sagt Herr Frankenberger zu, den Ausschussmitgliedern in der Anlage zur Niederschrift auch eine Version der neuen Richtlinie für den Stadtteifonds zur Verfügung zu stellen, in der die Verwaltung durch Hervorhebungen kenntlich macht, welche Passagen des Normtextes im Vergleich zur Vorgänger-Version geändert wurden.

Auf konkrete inhaltliche Änderungen im Vergleich zur bisherigen Fassung der Richtlinie angesprochen, informiert Herr Frankenberger, dass die Änderungen beispielsweise in den Bereichen des Verteilerschlüssels der Stadtteilkonferenzen untereinander, der Antragsfristen und der Umverteilung der Mittel eingearbeitet worden seien.

Danach beschließt der Ausschuss einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt die geänderte Fassung der Richtlinie „Stadtteifonds“.

zu 10 Unterstützung der Integrativen Jugendcamps des Fördervereins „Integration durch Sport“ aus Mitteln der ehemaligen Rummeny-Stiftung

Vorlage: FB 56/0278/WP18

Frau Brammertz zeigt vor dem Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt das Vorliegen eines Mitwirkungsverbots gem. § 11 Geschäftsordnung des Rates i.V.m. §§ 50 Abs. 6, 43 Abs. 2, 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen an und verlässt den Sitzungssaal.

Herr Frankenberger informiert das Gremium über die Liquidität der Stiftung auch im weiteren Jahresverlauf.

Einstimmig beschließen die Mitglieder des Ausschusses:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Antrag auf Unterstützung der Integrativen Jugendcamps zur Kenntnis und beschließt, die darin aufgeführten Projekte für das Jahr 2023 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 24.000 Euro aus den Liquiditätserlösen der Rummeny-Stiftung zu fördern.

zu 11 Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen durch Hinzuziehung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe; auch Ratsantrag 128/18 der SPD – Fraktion, „Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Menschen mit Behinderung in den Fachausschüssen“

Vorlage: FB 56/0223/WP18

Frau Brammertz kehrt zu Beginn des Tagesordnungspunkts in den Sitzungssaal zurück und nimmt wieder an der Beratung teil.

Der Vorsitzende weist auf die geänderte Beschlussfassung des Rats hin, wie sie den Ausschussmitgliedern übermittelt wurde.

Frau Dr. Oidtmann dankt dem Rat im Namen der antragstellenden SPD-Fraktion für den richtungsweisenden Beschluss zur ständigen Beteiligung von Vertreter*innen von Menschen mit Behinderung. Zugleich dankt sie Herrn Deumens, dass er sich als Vorsitzender dazu bereit erklärt habe, die Vertreter*innen der Menschen mit Behinderung ab sofort von Sitzung zu Sitzung einladen zu wollen.

ASID/14/WP18

Ausdruck vom: 15.06.2023

Seite: 20/25

Der Vorsitzende schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um einen Satz 3 zu ergänzen. Darin solle die Behandlung des SPD-Ratsantrags festgehalten werden. Dies trifft auf Zustimmung.

Ohne weitere Debatte fasst der Ausschuss einstimmig folgenden geänderten Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, im Rahmen der politischen Partizipation Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe bis zum Ende der 18. Wahlperiode im Ausschuss zu Beratungen hinzuziehen. Dabei ist eine sitzungsbezogene Entsendung erforderlich. Der Ratsantrag Nr. 128/18 der SPD-Fraktion „Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Menschen mit Behinderung in den Fachausschüssen“ gilt damit als behandelt.

zu 12 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0270/WP18

Ohne Debatte beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Frankenberg informiert die Ausschussmitglieder über die aktuelle Situation im Wohngeldbereich. Demnach habe sich die Zahl der Wohngeldanträge seit Inkrafttreten des Wohngeld-Plus-Gesetzes am 1. Januar in etwa verdreifacht. Die Verwaltung habe auf das Wohngeld-Plus-Gesetz bereits mit einer Verdopplung der Stellen für die Wohngeldgewährung reagiert; drei davon hätten bisher jedoch noch nicht besetzt werden können. Personal sei nur sukzessive zu bekommen und müsse dann stets zunächst eingearbeitet werden. Zu berücksichtigen sei, dass die Einarbeitung der insgesamt vierzehn neuen Sachbearbeiter*innen zulasten der Arbeitszeit von sieben Stammkräften erfolgen müsse. Zurzeit liege deshalb die Bearbeitungszeit von Anträgen bei etwa vier Monaten. Ganz konkret würden gerade die im Januar 2023 eingegangenen Anträge bearbeitet. Zur Verbesserung der Personalsituation habe die Verwaltung mehrere frühere Mitarbeitende des Wohngeldbereichs reaktivieren können. Im Interesse von mehr Bürger*innenfreundlichkeit habe die Verwaltung die mögliche Bewilligungsdauer maximal ausgeschöpft, so Herr Frankenberg.

Auf Nachfrage von Frau van der Meulen berichtet Herr Frankenberg, dass es bisher so gut wie keine Anträge auf Direktbewilligungen/Abschlagszahlungen gebe und auch die Zahl der Bürger*innenbeschwerden hinsichtlich der Bearbeitungszeit noch gegen Null tendiere.

Ende des öffentlichen Teils: 19:57 Uhr

Sachstandsbericht der Verwaltung zur Unterbringung und Betreuung wohnungsloser und suchtkranker Menschen in der Stadt Aachen

Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie am 27.04.2023

www.aachen.de



Ausgehend von...

- dem öffentlichen Interesse sowie der bundes- und landesweit unternommenen Anstrengungen, Wohnungslosigkeit zu verhindern und zu beenden,
- der durch die seit 2022 nun auch bundesweiten Statistik mit Begleitforschung zur verdeckten Wohnungslosigkeit,
- der auf Initiative der Aachener Kommunalpolitik beauftragten Analyse der niederschweligen sozialen Wohnungslosenhilfen der Stadt Aachen,
- dem Auftrag aus der gemeinsamen Sitzung der Sozialausschüsse Stadt und StädteRegion am 17.11.2021 zur Abstimmung des Konzepts des Caritasverbands,

erfolgt vorliegender Sachstandsbericht der Verwaltung.



Suchthilfe

- Planung abgeschlossen (Beschluss Städteregionstag vom 31.03.2022)
- Kiosk Troddwar am Kaiserplatz

Wohnungslosenhilfe

- Kapazitäten / Verortung
- Betreuung



Kapazitäten

- Aktuell ordnungsrechtlich untergebracht: rund 445 Menschen, davon über 300 Einzelpersonen
- Unterbringung erfolgt in acht Übergangsheimen und zahlreichen Einzelwohnungen
- städtische Objekte werden auf bestehende Sanierungsbedarfe überprüft (TOP Ö 4)
- zwei Neuanmietungen nach Sanierung erfolgt/geplant (TOP N 2)
- städtisch finanzierte Notschlafstelle im Café Plattform (Reumontstr. 5), perspektivisch geplant in der Beginenstr.



Exkurs – Machbarkeitsstudie (TOP Ö 4)

- Überprüfung aller städtischer Übergangsheime auf Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe
- Gesamtkosten derzeit mindestens rund 32 Mio Euro
- Alle Objekte befinden sich in instandgehaltenen und nutzbaren Zuständen
- Empfehlung des Starts mit konkreter Sanierungsplanung für die Objekte Beginenstr., Engelbertstr., Lombardenstr., Robert-Koch-Str.
- Empfehlung deckt sich mit sozialfachlichen Aspekten



Betreuung

- erfolgt vor Ort durch städtischen Sozialdienst und Hausmeister*innen
- Kooperation mit der Alexianer GmbH im Wohnhotel (Leydelstr. 2)
- Wohnprojekte in der Lintertstr. 29 (Projekt für langzeitwohnungslose Menschen, Clearingstelle für Frauen, ambulant betreutes Wohnen)
- Kooperation Netzwerk niederschwellige Hilfen
- Wärmestube der WABe e. V.
- Wärmestube des Caritasverbands (die zukünftige Ausgestaltung wird derzeit mit dem Caritasverband abgestimmt)
- Perspektivischer Ausbau der Angebote (u. a. TOP Housing first)



Exkurs – Housing first (TOP Ö 3)

- Housing First: Akzeptierender Ansatz, einzige Voraussetzung: Klärung der finanziellen Situation
 - Housing First ist als ergänzender Baustein der bestehenden Wohnungs- und Obdachlosenhilfe zu sehen
 - Der Wohnraum ist die materielle Basis für den Erfolg von Housing First
- Unterstützung durch Wohnungsbaugesellschaften
- Anwerben privater Vermieter*innen
- Individuelle bzw. bedarfsorientierte Unterstützung durch ein multiprofessionelles Team (Sozialarbeiter*innen, therapeutisches Fachpersonal, Pflegekräfte, Fachpersonal mit dem Schwerpunkt der Suchtberatung etc.)



Aktuelle Herausforderungen

- Keine bzw. nicht ausreichende stationäre Betreuungsplätze für Menschen, die nicht mehr angemessen für sich sorgen können (psychotische, pflegebedürftige und langzeit suchterkrankte Menschen)
- Es sind immer mehr Menschen zu versorgen, die zunehmend für ein Zusammenleben auf engem Raum nicht geeignet sind (psychische Erkrankungen, mangelnde Hygiene, Aggressivität und Gewaltbereitschaft, dissoziale Persönlichkeiten)
- Dringender Bedarf an barrierefreien Unterbringungsplätzen

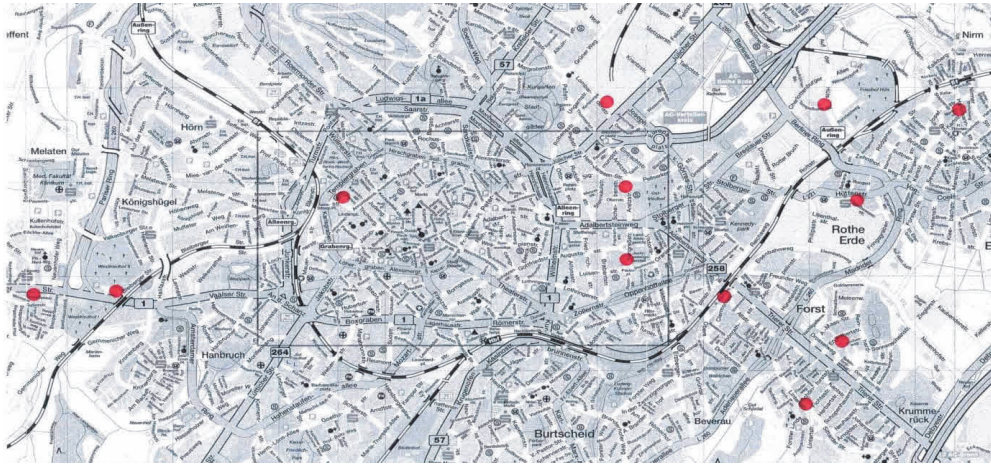


**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Instandsetzung / Modernisierung / Umbau / Erweiterung / Neubau



Aretzstraße 39 - 45
 Beginenstraße 15
 Engelbertstraße 8 - 10
 Hansmannstraße 30 - 32
 Kongressstraße 18 - 20
 Lintertstraße 29
 Lombardenstraße 6 - 10
 Robert-Koch-Straße 5 -15
 Tempelhoferstraße 4 - 6
 Vaalser Straße 332
 Vaalser Straße 417
 Weißwasserstr. 1 - 5 und 4 – 8

Auftraggeber:

Stadt **Aachen** Gebäudemanagement
 Lagerhausstraße 20, 52058 Aachen

Auftragnehmer:

pbs architekten Planungsgesellschaft
 Krefelder Straße 199, 52070 Aachen

Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen



2 gründerzeitliche Bauten um 1890, Baudenkmale / 8 Gebäude aus den 1960er/1970er Jahren / 2 Gebäude nach 1980

Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Aufgabenstellung und Vorgehensweise

Im Rahmen der Machbarkeitsstudien sollen Zustand, Sanierungsnotwendigkeiten und sicherheitsrelevante Mängel festgestellt und Ausbau- und Erweiterungsmöglichkeiten im Hinblick auf Grundrissanpassungen sowie Barrierefreiheit untersucht werden. Die Hinweise auf Schadstoffbelastungen sind zu beachten. Für alle Maßnahmen sind die Kosten zu ermitteln.

Das Gesamtziel ist die langfristige Nutzung der Gebäude mit zeitgemäßen Wohnungen

Zudem sind für 10 der 12 zu bearbeitenden Unterkünfte Überlegungen zu Abriss und Neubau in Form von Planungskonzepten zu erstellen. Wesentlich hierbei sind Aspekte wie Geschossigkeit, Verdichtung, Barrierefreiheit und zukunftsorientierter Wohnungsbau.

Planungsvorgaben Stadt Aachen FB 56 Wohnen, Soziales + Integration und E 26 Gebäudemanagement

Die Sammelduschen im Keller sind zu ersetzen, Duschen sollen in die einzelnen Wohneinheiten eingebaut werden / Die Bäder sollten Bodeneinläufe erhalten / Alte Steige- und Fallstränge sind zu ersetzen (z.T. neue Schächte und Abtrennung der Verrohrungen nach Brandschutzanforderungen) / Als "strapazierfähiger Bodenbelag" haben sich großformatige Fliesen bewährt, alle anderen Bodenbeläge sind vor allen Dingen den häufig auftretenden Hitze- und Feuchte Belastungen nicht gewachsen / Innentüren sollten mit Stahlzargen ausgeführt werden, alle Arten von Holzzargen sind nicht dauerhaft genug, je nach Einbauort als Eck- oder Umfassungszargen / Telefon und Internetanschluss in jedem Zimmer, um die Belegung flexibel handhaben zu können, freies W-Lan kommt nicht in Frage, da die Mobilfunkverträge über die Kunden selbst laufen / Herdanschluss in jeder Wohnung, als Vorbereitung mit Zeitschaltung, eine Aktivierung findet je nach Belegung statt / Die Waschmaschinenanschlüsse nicht generell in jeder Einheit, da die Schadenanfälligkeit zu hoch ist /

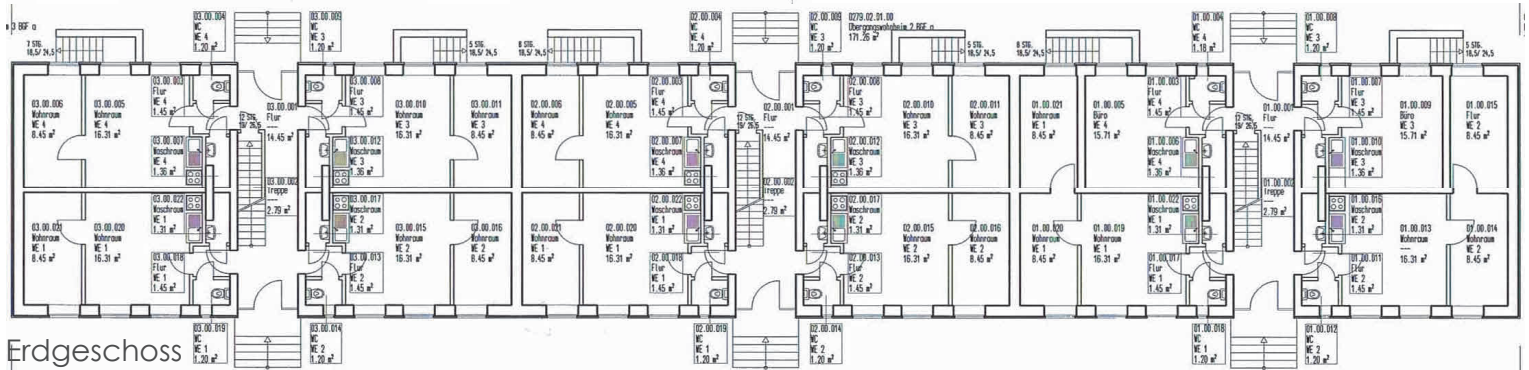
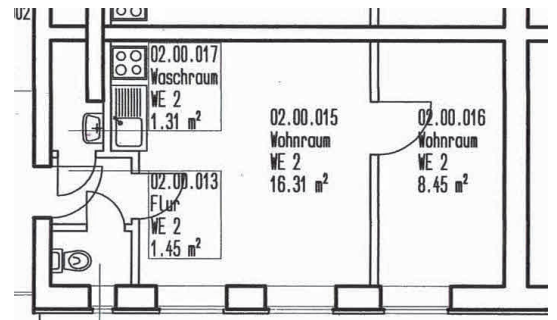
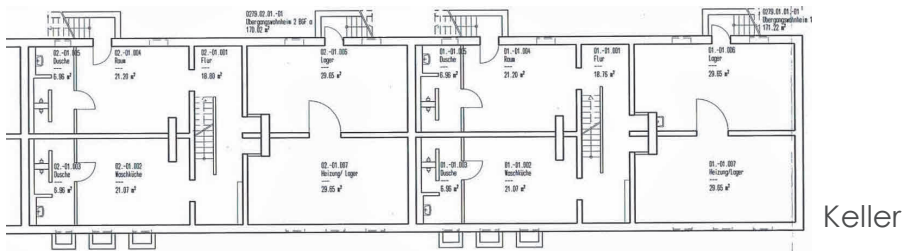
Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Lombardenstraße 6 - 10, 52070 Aachen (Nord)



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen
3-geschossiges Massivgebäude aus den 1960er/1970er Jahren / 3 Häuser / Satteldächer, unausgebaute Dachräume / 4-Spanner / 1-Personen-Appartements (ca. 29 m² WFL) / Hausmeister und Sozialdienst in EG, Nr. 6 / 34 Appartements / Teil-Modernisierung in den 1990er Jahren (WDVS 6 cm, Kunststoffenster straßenseitig, Fernwärmeheizung)

Unterbringung von Menschen ohne Obdach / 34 bzw. 66 Plätze



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Wesentliche Mängel und Schäden

Funktional: Keine Bäder in den Wohnungen / Gemeinschaftsduschen in den Kellergeschossen

Baulich: Schlechter Wärmeschutz aller wärmeabgebenden Bauteile (Außenwände, Fenster und Außentüren, Keller- und Decke zum unausgebauten Dachraum) / abgenutzter Innenausbau (Innentüren, Bodenbeläge, Wandoberflächen) / überalterte Dacheindeckung / erneuerungsbedürftige technische Anlagen (Sanitärinstallationen, Elektroinstallationen, Lüftungsanlagen)



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Wesentliche Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen

Funktional:

Grundrissveränderung zum Einbau von Duscbädern in den Wohnungen

Baulich:

Aufdopplung der Wärmedämm-Verbundsysteme mit leichten Vorhangfassaden (z.B. Trespa)

Neue Holzfenster, 3-fach-Verglasung

Wärmedämmung der Decken im Keller und zu den unausgebauten Dachräumen

Neue Innentüren in Stahlzargen inkl. Brandschutz-Abtrennungen

Neue Fußbodenbeläge (Platten)

Neue Dacheindeckung und Dachentwässerung inkl. Aufbau von Photovoltaik-Anlagen

Neue technische Anlagen (Sanitärinstallationen, Elektroinstallationen, Lüftungsanlagen)

Renovierung von Wand- und Deckenoberflächen

Kein barrierefreier Ausbau / kein Dachgeschoss-Ausbau / keine Aufstockung

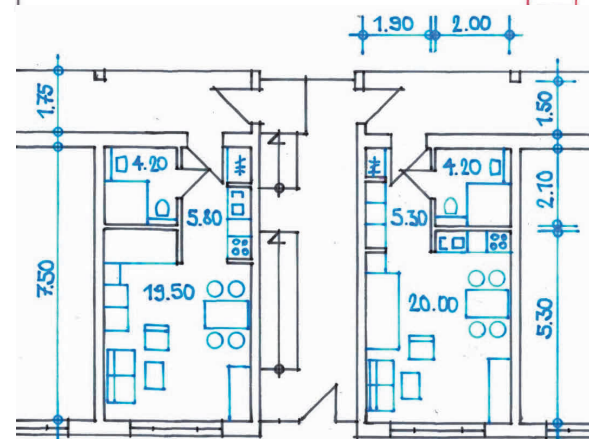
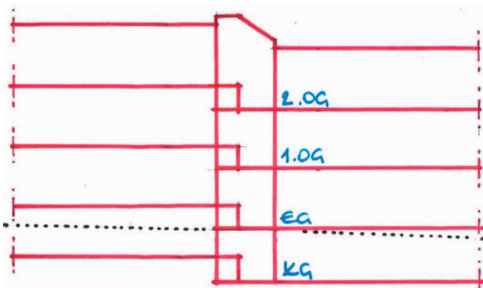
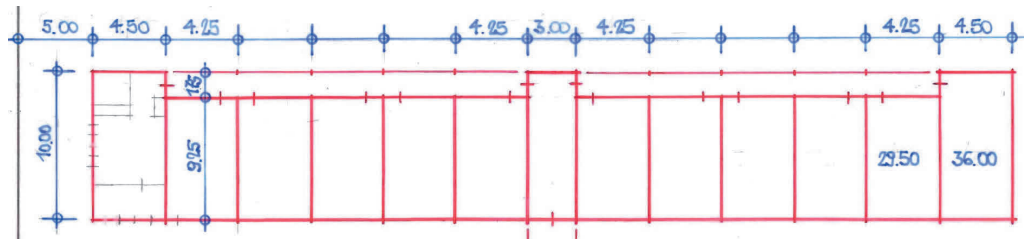
Kosten:

3.100.000 € / 2.995 €/m² Wohn-Nutzfläche

Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Abriss und Neubau

Kein Bebauungsplan / § 34 BBauG / 3 Vollgeschosse / 36 Ein-Personen-Appartements mit 1.110 m² Wohnfläche (+ 6 % zum Bestand) / 1 Treppenhaus + Laubengänge / **Kosten 6.6000.000 €**

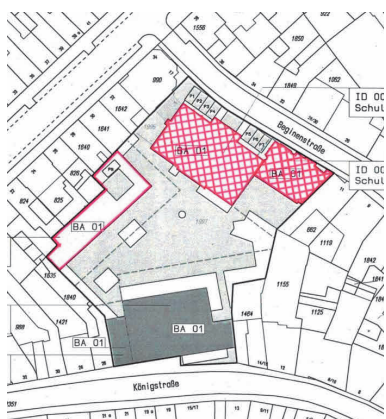


Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Beginenstraße 15, 52062 Aachen (Zentrum)



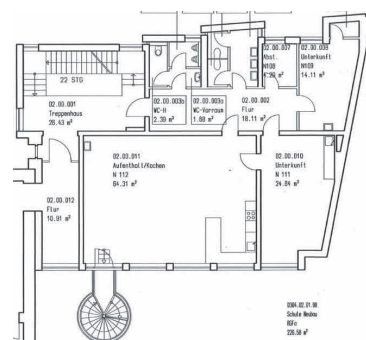
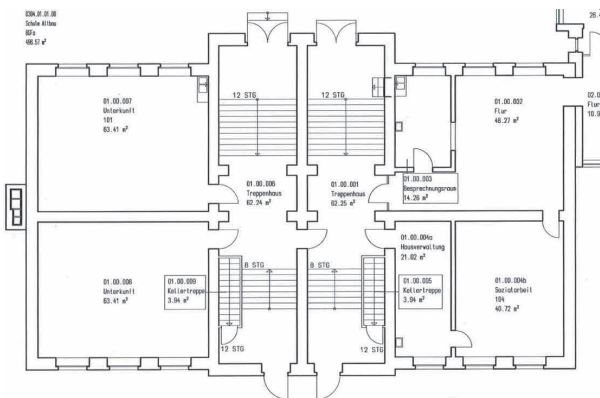
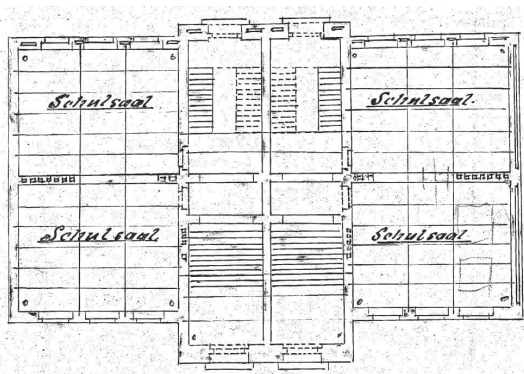
Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen
 Ehem. Schulgebäude / Schulnutzung bis 2015 / ursprüngliche Volksschule, später Förderschule / Flüchtlings-Unterkunft (alleinstehende junge Männer) und Notschlafstelle der Caritas-Suchthilfe / 2 Gebäude / ca. 120 Plätze



Hauptgebäude: Baujahr 1898; Baudenkmal; 4 Geschosse + Keller; Satteldächer / Ziegelsichtmauerwerk + Sandsteinteile; 2 Treppenhäuser

Nebengebäude: Baujahr 1970 / 4 Geschosse / Flachdach / Ziegelsichtmauerwerk + Sichtbetonteile

Umbaumaßnahmen zur Umnutzung 2015: Einbau von Gemeinschaftsduschen im Keller des Hauptgebüdes; Einrichtung einzelner Gemeinschaftsküchen; Anbau einer Fluchttreppe am Nebengebäude

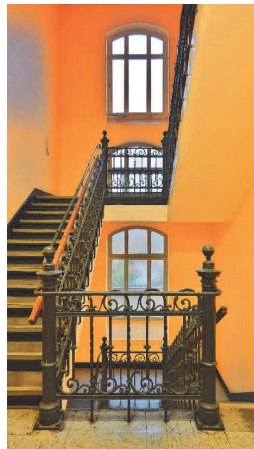


Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Wesentliche Mängel und Schäden

Hauptgebäude

Funktional: Unterbringung der Bewohner ohne Abtrennungen in den ehem. Klassenzimmern; bis zu 8 Betten im Flüchtlingsbereich; 8 Etagenbetten in der Notschlafstelle / Gemeinschafts-Duschen im Keller / einzelne Gemeinschafts-Küchen / WCs im externen Toiletten-Gebäude auf dem ehemaligen Schulhof.
 Baulich: Unzureichender Wärmeschutz von Außenwänden, Fenstern, Decken / schadhaft, einfach-verglaste Holzfenster / Feuchtebelastungen im Keller / abgenutzter Innenausbau (Bodenbeläge, alte Raster-Abhangdecken) / überalterte und in Verbindung mit erforderlichen Umbaumaßnahmen nicht weiter verwendbare technische Anlagen (Heizung, Sanitär, Elektro, Lüftung).



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Wesentliche Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen

Hauptgebäude

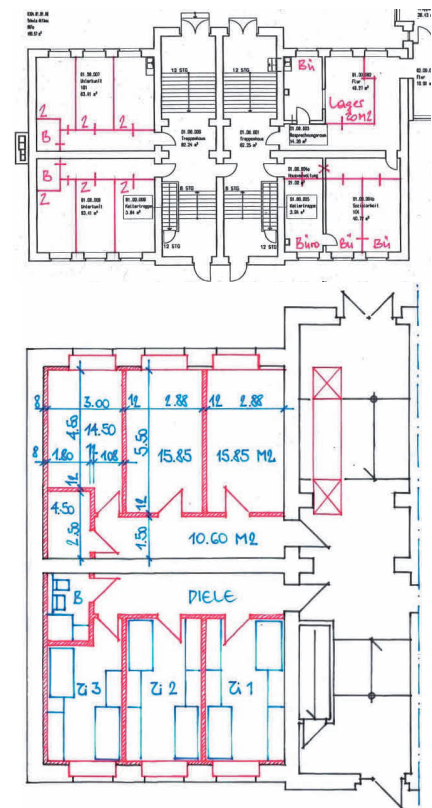
Funktional: Schaffung von jeweils 3 Unterbringungsräumen für je 2 Personen in den ehemaligen Klassen-räumen in EG, 1. + 2. OG / Einbau eines Bades in jeder Wohngemeinschaft / Großräume im Dachgeschoss für 4 – 5 Personen mit mobilen Abtrennungen, Flur und Bad / Gemeinschafts-Küchen in 1. + 2. OG + DG

Baulich: Innendämmung der Außenwände / Einbau neuer, denkmalgerechter und wärmegeprägter Holzfenster / neuer Innenausbau / Neueinbau der technischen Anlagen (Heizung unter Verwendung der Fernwärmeübergabe und der erneuerten zentralen Verteilungen, Sanitärinstallationen, Elektroinstallationen, Lüftungsanlagen), u.a. aufgrund der Umbauten / Ergänzung der Deckendämmung im DG / Instandsetzungen der Fassaden, der Dacheindeckungen und Dachentwässerungen und im Keller.

Herstellung von Barrierefreiheit des Erdgeschosses durch Einbau eines Treppenlifts an der inneren Zugangstreppe zum Erdgeschoss inkl. barrierefreiem Übergang zum Nebengebäude / keine Barrierefreiheit der Obergeschosse.

Kosten Hauptgebäude

2.930.000 €

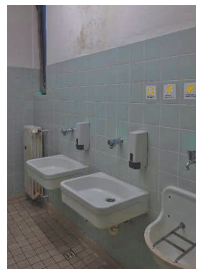
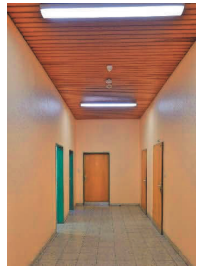
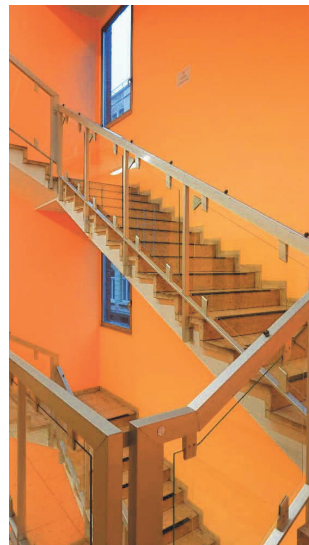
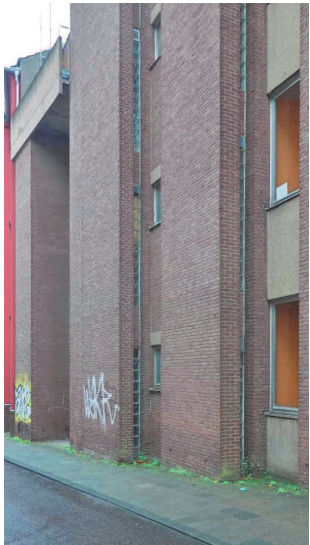


Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Nebengebäude

Funktional: Unterbringung der Bewohner ohne Abtrennungen in den ehem. Klassenzimmern; / Gemeinschaftsküchen mit 65 m² / Gemeinschafts-Duschen im Keller des Hauptgebäudes / WC-Anlagen in den Geschossen.

Baulich: Unzureichender Wärmeschutz von Außenwänden und Fenstern (Alu-Fenster, zum Teil noch einfachverglast) / z. T. überalterte technische Anlagen aus der Bauzeit.



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Wesentliche Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen

Nebengebäude

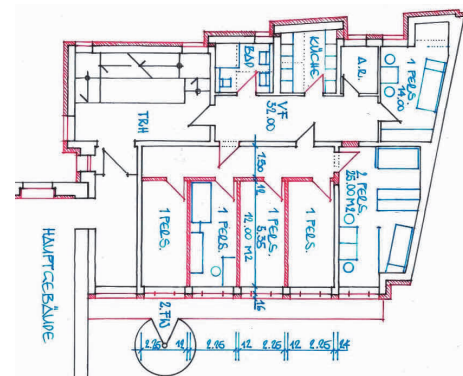
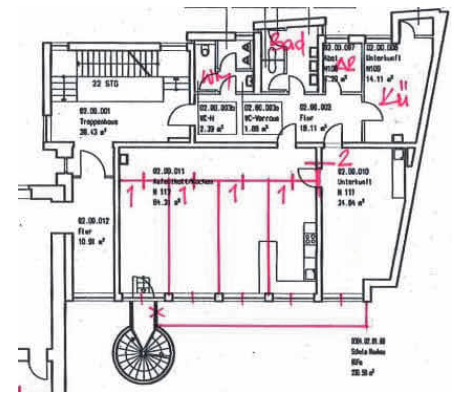
Funktional: Abtrennung von Unterbringungsräumen (Einzelzimmer) in den ehemaligen Klassenräumen / Einbau von Gemeinschaftsküchen und Bädern in allen Geschossen / Anbau eines durchgehenden Fluchtbalkons zur vorhandenen Fluchttreppe / Herstellen eines Zugangs zum Treppenhaus von der Beginenstraße aus

Baulich: Aufbau von wärmegeprägten Vorhangfassaden (z.B. Argeton) / Einbau neuer, wärmegeprägter Alu-Fenster / Erneuerung der technischen Anlagen und des Innenausbaus in den Umbau-be-reichen

Barrierefreiheit des Erdgeschosses aufgrund der niveaugleichen Verbindung zum EG des Haupthauses / keine Barrierefreiheit von UG, 1. + 2. OG.

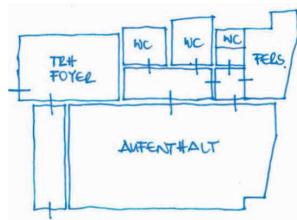
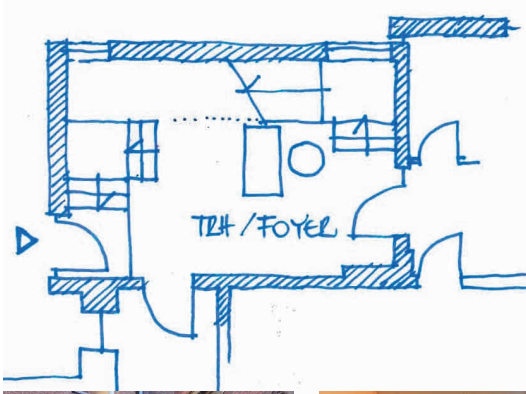
Kosten Nebengebäude

1.515.000 €

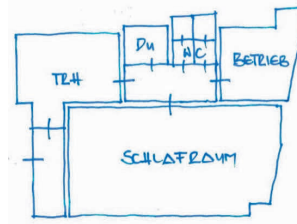


Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

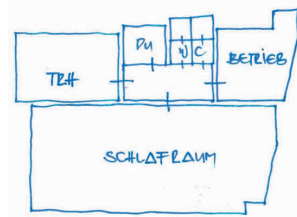
Notschlafstelle / erste Skizzen



Eingangsgeschoss



Erdgeschoss

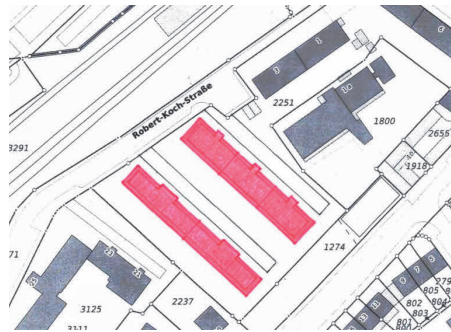


Obergeschoss



Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Abriss und Neubau: Beispiel: Robert-Koch-Straße 5 - 15, Aachen-Rothe Erde



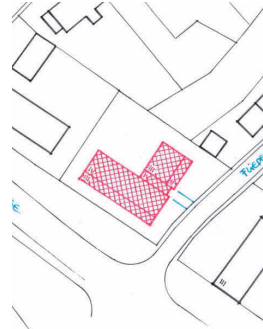
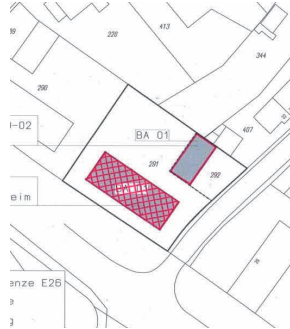
Bebauungsplan (1973): MI Mischgebiet; Baugrenzen; **IV Vollgeschosse**; GRZ 0,4; GFZ 1,1

4 Vollgeschosse + Staffelgeschoss / 75 1-Pers.-Appartements + 38 Wohnungen / 5.200 m² Wohnfläche

+ 80 % zum Bestand

Kosten: 21.300.000 €

Beispiel Lintertstr. 29, Aachen-Forst



Kein Bebauungsplan / § 34 BBauG

Eckbebauung / 3 Vollgeschosse + Staffelgeschoss an der Lintertstr. / 2 Vollgeschosse + Staffelgeschoss am Fliederweg / 11 Wohnungen / 865 m² Wohnfläche

+ 73 % zum Bestand

Kosten 6.150.000 €

Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Zusammenfassende Bewertungen in Stichworten

- Instandgehaltene und nutzbare Zustände aller 12 untersuchten Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen.
- Modernisierungs- und zum Teil Umbaumaßnahmen zum langfristigen Erhalt und der Anpassung an heutige Anforderungen, z.B. Wohnstandard, Wärmeschutz, Baurecht, usw., erforderlich.
- Unterschiedliche bauliche Zustände aufgrund der Baualter der Gebäude: 2 gründerzeitliche Bauten um 1890, Baudenkmale / 8 Gebäude aus den 1960er/1970er Jahren / 2 Gebäude nach 1980.
- Instandsetzungen und Modernisierungen in den letzten Jahrzehnten in unterschiedlichem Umfang / weitgehend bauzeitliche Zustände (z.B. Lintertstr.) bis weitgehend modernisiert (z.B. Hansmannstr.).
- 3 der 12 Unterkünfte sind umgenutzte Gebäude: Aretzstr. 39 – 45, ehemalige Polizeiwache / Beginenstr. 15, ehemalige Schule / Tempelhofer Str. 4 – 6, ehemaliges Bürogebäude.

Wesentliche Kriterien für Instandsetzung, Modernisierung und Umbau

- Herstellen eines zeitgemäßen Zustands für eine langfristige Nutzung
- Abgeschlossene Wohneinheiten mit eigener Nasszelle / keine Gemeinschaftsduschen und WCs in Kellern
- Herstellen eines energetischen Standards gemäß GEG 2020 / Bestandsbauten
- Innenausbau: Strapazierfähige Bodenbeläge (Platten); funktionale Innentüren (Stahlzargen)
- Technische Anlagen: Keine Erneuerung von Gas-Heizzentralen; Internetanschlüsse in jeder Wohneinheit

Das Gesamtziel ist eine langfristige Nutzung der Gebäude mit zeitgemäßen Wohnungen !

Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Kosten

- Kostenermittlungen nach Bauteilen
- Kostenrahmen nach DIN 276 Kosten im Bauwesen
- Kostengruppen: 300 Baukonstruktion, 400 Technische Anlagen, 500 Außenanlagen und Freiflächen, 700 Baunebenkosten
- **Gesamtkosten ca. 32 Mio. €**
- 440.000 € bis 7.000.000 € je Unterkunft
- 422 €/m² bis 2.995 €/m² Wohnfläche
- 330 m² bis 3.250 m² Wohnfläche

	Plätze		WFL NFL NGF Flächen	Instandsetzung + Modernisierung + Umbau	
	Bestand	Planung		Gesamtkosten	€/m ² WFL
Aretzstr. 39 - 45	55	55	1.125	2.825.000 €	2.511
Beginenstr. 15	120	120	2.245	4.445.000 €	1.980
Engelbertstr. 8 - 10	50	50	990	2.100.000 €	2.121
Hansmannstr. 30 - 32	13 WE	13 WE	682	735.000 €	1.078
Kongressstr. 18 - 20	40	40	927	2.500.000 €	2.697
Lintertstr. 29	6 WE	6 WE	503	1.180.000 €	2.346
Lombardenstr. 6 - 10	66	66	1.035	3.100.000 €	2.995
Robert-Koch-Str. 5 - 15	140	140	2.900	7.000.000 €	2.414
Tempelhofer Str. 4 - 6	160	160	3.250	1.370.000 €	422
Vaalser Str. 332	18	18	440	450.000 €	1.023
Vaalser Str. 417	25	25	450	440.000 €	978
Weißwasserstr. 1 - 5, 4 - 8	140	140	2.370	5.750.000 €	2.426
				31.895.000 €	

Machbarkeitsstudien zur baulichen Entwicklung der Unterkünfte für Flüchtlinge und Menschen ohne Obdach der Stadt Aachen

Priorisierung / Reihenfolge

Bewertungsmatrix mit folgenden Kriterien = wesentliche Baumaßnahmen

1. Grundrissveränderungen zur Behebung funktionaler Mängel (Badeinbauten, Abtrennung von Unterbringungsräumen, Einbau von Küchen)
2. Wärmeschutz / Wärmedämmung von Außenwänden
3. Erneuerung von Fenstern und Außentüren
4. Brandschutzabtrennungen in Treppenträumen; Verbesserung von Fluchtwegen
5. Erneuerung der Wärmeerzeugung / Heizzentralen
6. Erneuerung der sonstigen technischen Anlagen (Sanitär, Elektro, Lüftung)
7. Erneuerungen des Innenausbau (Türen, Bodenbeläge, Abhangdecken)
8. Erneuerung von Dacheindeckungen und -entwässerungen
9. Wärmeschutz / Wärmedämmung von Keller- und Dachgeschossdecken
10. Verbesserungen im Bezug auf Barrierefreiheit

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	G
Aretzstr. 39 - 45		x	x	x		x	x	x	x		7
Beginenstr. 15	x	x	x	x		x	x		x	x	8
Engelbertstr. 8 - 10	x	x		x	x	x	x	x	x		8
Hansmannstr. 30 - 32		x	x					x			3
Kongressstr. 18 - 20		x		x	x	x	x	x	x		7
Lintertstr. 29		x	x	x	x	x	x	x	x		8
Lombardenstr. 6 - 10	x	x	x	x		x	x	x	x		8
Robert-Koch-Str. 5 - 15	x	x	x	x	x	x	x	x	x		9
Tempelhofer Str. 4 - 6			x		x		x		x		4
Vaaiser Str. 332							x	x			2
Vaaiser Str. 417		x	x		x		x		x		5
Weißwasserstr. 1 - 5, 4 - 8		x	x	x	x		x	x	x	x	9

1. Priorität

Beginenstraße 15 / Engelbertstraße 8 – 10 / Lombardenstraße 6 – 10 / Robert-Koch-Straße 5 – 15

2. Priorität

Aretzstraße 39 – 45 / Kongressstraße 18 – 20 / Lintertstraße 29 / Weißwasserstraße 1 – 5 + 4 – 8

3. Priorität

Hansmannstraße 30 – 32 / Tempelhofer Straße 4 – 6 / Vaalser Straße 332 / Vaalser Straße 417

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Noch Fragen Sehr gerne



SOLWODI AACHEN

-BERATUNGSSTELLE FÜR BETROFFENE VON MENSCHENHANDEL/ZWANGSPROSTITUTION UND
FRAUEN IN DER PROSTITUTION -
JAKOBSTRASSE 7, 52064 AACHEN

 **0241 413 174 711**

 **AACHEN@SOLWODI.DE**

 **SOLWODI_AACHEN**

VORTRAG: SOZIALAUSSCHUSS AACHEN 27.04.2023

INHALTSVERZEICHNIS

1 SOLWODI e.V.

2 Zielgruppe

3 Arbeitsschwerpunkte

3.1 Beratungs- und Anlaufstelle Lumina

3.2 Beratungsstelle Jakobstraße

3.3 Ausstiegsprojekt

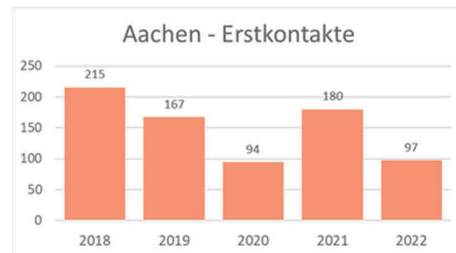
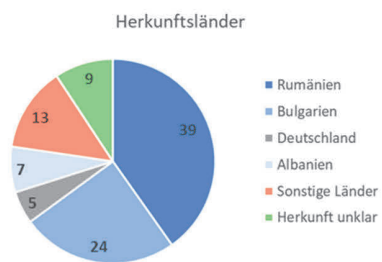
4 Netzwerkarbeit



1 SOLWODI E.V.

- Nichtregierungsorganisation → Schwerpunkt Rechte von Frauen und Mädchen
- Themengebiete: Menschenhandel/Prostitution, Flucht & Asyl, Gewalt im Namen der „Ehre“, Zwangsverheiratung, Geschlechterspezifische Gewalt & Notsituationen
- 19 Fachberatungsstellen, 7 Schutzwohnungen, 2 Ausstiegsprojekte
- **Schwerpunkt Aachen:** Frauen in der Prostitution, Menschenhandel, aus der Prostitution ausgestiegene Frauen
- 4 hauptamtliche Mitarbeiterinnen

2 ZIELGRUPPE



3 ARBEITSSCHWERPUNKTE

Das Angebot der Aachener Fachberatungsstelle beinhaltet die folgenden Bereiche:

- Psychosoziale und traumapädagogische Betreuung durch ein mehrsprachiges Team
- Vermittlung medizinischer Versorgung
- Beratung zu Themen des Asyl-, Arbeits- sowie Aufenthaltsrechts und Begleitung zu Behörden, Unterstützung bei der Rückkehr in Herkunftsländer
- Vermittlung von juristischer Beratung
- Beratung bezüglich des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG)
- Aufsuchende Soziale Arbeit/Streetwork
- Beratung und Begleitung beim Ausstieg aus der Prostitution
- Identifizierung, Beratung und Begleitung von Betroffenen von Menschenhandel
- Sichere Unterbringung in Schutz- oder Ausstiegswohnungen



3.1 ANLAUF- UND BERATUNGSSTELLE LUMINA

- **Nutzerinnen & Adressatinnen:** Frauen in der Prostitution in der Antoniusstraße
- Niedrigschwellige aufsuchende Soziale Arbeit
- Frühstückscafé → Anlaufstelle
- Offene Sprechstunden: Di 12-14h, Mi 14-16h
- Kooperationspartnerinnen: Gesundheitsamt der Städteregion AC, Aidshilfe Aachen, MediNetz

3.2 BERATUNGSSTELLE JAKOBSTRAÙE

- **Nutzerinnen & Adressatinnen:** Frauen in der Prostitution, aus der Prostitution ausgestiegene Frauen, Betroffene von Menschenhandel
- Hochschwellige Soziale Arbeit
- Frauencafé für ausgestiegene Frauen
- **Fallbeispiel:** Begleitung einer von Menschenhandel betroffenen Frau bei der Rückkehr in ihr Herkunftsland



3.3 AUSSTIEGSPROJEKT

- **Adressatinnen & Nutzerinnen:** Frauen und trans Personen, die aus der Prostitution aussteigen wollen oder sich im Ausstieg befinden
- Kooperation mit der regionalen Caritas
- Wohnraum als Grundlage für einen erfolgreichen Ausstieg



4 NETZWERKARBEIT

- Arbeitskreis Prostitution & Frauennetzwerk
- NRW-Vernetzung
- Café Plattform & Troddwar
- Projekt Liane der WABE
- IOM von der UN Migration Agency
- MediNetz, Alexianer Krankenhaus, Luisenhospital
- Gesundheitsamt, Ordnungsamt, Polizei KK12, Opferschutz des Zolls, Staatsanwaltschaft Bereich Menschenhandel
- KatHO NRW Abteilung Aachen
- Bistum Aachen



VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT

Aachen, den 27. April 2023

Geänderter Beschlussvorschlag

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie der Stadt

Aachen am 27. April 2023:

**TOP 8: Antrag „Modellprojekt Kümmerei Driescher Hof“ – Ratsantrag der
CDU-Fraktion vom 18.01.2023 (311/18)**

1. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das städtische Quartiersmanagement im Bereich Forst/Driescher Hof, wie in der Vorlage beschrieben, perspektivisch zu stärken und aufzubauen. Die Quartiersarbeit in Verbindung mit den lokalen Institutionen und Einrichtungen (z.B. OT Driescher Hof) soll entsprechend weiter fortgesetzt werden.
2. Darüber hinaus beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, eine dezentrale, konkrete Beratung Hilfebedürftiger (z.B. in der OT, Schulen etc.) über das Quartiersmanagement zu installieren bzw. sicherzustellen.
3. Dem Ausschuss ist einmal jährlich über die Arbeit des Quartiersmanagements am Driescher Hof zu berichten.

Richtlinie zur Förderung von Projekten mit Bürgerbeteiligung aus einem Stadtteiffonds

1. Präambel

Die Stadt Aachen bekennt sich zu einer verstärkten und verbesserten Beteiligung ihrer Bewohner*innen, unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Identität. Dazu zählt, dass Bewohner*innen an der Entscheidung über die Verwendung der sozialraumbezogenen Finanzmittel (Stadtteiffonds) in ihrem Stadtteil beteiligt werden. Das geschieht mit Hilfe der Stadtteilkonferenzen (STK), die Anträge auf Bezuschussung aus Mitteln des Stadtteiffonds bewerten und an den bewilligenden Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56) weiterleiten. Die Einbindung der STK erfolgt vor dem Hintergrund ihrer Kenntnis der Bedarfslagen vor Ort und ist gleichzeitig Ausdruck der Wertschätzung ihrer Arbeit.

2. Fördergegenstand

2.1 Förderfähig sind nur Projekte, die folgende Voraussetzungen erfüllen

- sie finden im Quartier statt,
- richten sich an die Bevölkerung vor Ort,
- animieren zum Mitmachen, fördern Begegnung und setzen damit positive Impulse für die nachbarschaftliche und quartiersbezogene Entwicklung
- sind ohne Zugangsbeschränkung offen für alle Interessierten

Einzelheiten sind in dem Kriterienkatalog (**Anlage 1**) geregelt.

Zu den Projekten gehören Einzelaktionen und kontinuierliche Angebote, dazu zählen insbesondere

- Stadtteiffeste
- Vortrags- und Informationsabende
- Lesungen oder Ausstellungen
- Aufwertungs- und Verschönerungsaktionen im Wohnumfeld
- Bürger*innenwerkstätten oder Workshops zum Thema der Quartiersentwicklung
- Begegnungs- und Kommunikationsangebote im Sport-, Spiel- und Kulturbereich

2.2 Bei kontinuierlichen Angeboten beträgt die maximale Förderdauer 1 Jahr. Eine wiederholte Förderung ist möglich.

3. Antrags- und Bewilligungsverfahren

3.1 Antragsberechtigung

Eine Förderung erfolgt nur auf Antrag. Antragsberechtigt sind Institutionen/ Einrichtungen (z.B. eingetragene Vereine, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten) mit Sitz in Aachener Quartieren, in denen eine Stadtteilkonferenz besteht.

Auch Einwohner*innen mit Wohnsitz im Stadtteil können ein Projekt anstoßen, wenn sie einen antragsberechtigten Projektpartner zur Antragstellung und Abwicklung finden.

3.2 Antragsfristen

Der Förderantrag muss spätestens vier Wochen vor Projektbeginn bei FB 56 vorliegen. Eine Förderung nach Projektbeginn ist ausgeschlossen.

Der Projektbeginn ist im Antrag grundsätzlich mit einem Kalendertag (TT/MM/JJ) anzugeben. Ist nur eine monatsgenaue Angabe möglich (MM/JJ), wird für die Einhaltung der Antragsfrist auf einen fiktiven Beginn am Ersten des jeweiligen Monats abgestellt.

Bei einer beantragten Fördersumme mehr als 2.000,00 Euro beträgt die Antragsfrist mindestens acht Wochen, da diese dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vorgelegt werden. Für diese Förderanträge gilt der 01.10. eines jeden Kalenderjahres als Abschlussfrist.

3.3 Antragsinhalt

3.3.1

Der Förderantrag ist in Textform auf dem seitens FB 56 zur Verfügung gestellten Formular zu stellen (**Anlage 2**). Wurden Kostenvoranschläge/Angebote eingeholt, müssen diese dem Antrag beigefügt werden.

3.3.2

Die Förderung ist auf eine anteilige Förderung (Zuschuss) beschränkt. Im Antrag sind deshalb Angaben zum Eigenanteil zu machen, der mindestens 10% der Gesamtprojektkosten betragen muss. Der Eigenanteil soll möglichst in Form von ehrenamtlicher Arbeit erbracht werden.

3.4 Vorprüfung

Förderanträge sind über die jeweilige STK an den FB 56 zu richten. Die STK nimmt eine Vorprüfung anhand des Kriterienkatalogs (**Anlage 1**) vor. Eine Vorprüfung ist durch das Plenum oder einen Unterausschuss möglich. Nur im Falle einer positiven Stellungnahme wird der Antrag von der STK an den FB 56 weitergeleitet. Diese setzt voraus, dass mindestens 10 Kriterien erfüllt werden. Die positive Stellungnahme ist von den Sprecher*innen der STK zu unterzeichnen.

Von einer Teilnahme an der Vorprüfung, der Vorstellung und Beratung des Förderantrags in der STK ist ausgeschlossen, wer von der beantragten Förderung einen unmittelbaren Vorteil erlangen kann (z.B. Auftrag). Gleiches gilt, wenn der Vorteil bei einem Angehörigen eintritt. Angehörige sind der*die Verlobte, Ehegatt*in, Lebenspartner*in, Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, Geschwister und deren Ehegatt*in/Lebenspartner*in und Kinder.

3.5 Bewilligung und Auszahlung

3.5.1

Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs bei FB 56 bearbeitet. Bei gleichzeitigem Eingang mehrerer Anträge ist der Eingang bei der jeweiligen STK entscheidend.

3.5.2

Die Bewilligung erfolgt im Rahmen vorhandener Mittel im jeweiligen Stadtteiffonds in Form eines Zuwendungsbescheides durch den FB 56. Dabei ist dieser an die Empfehlung der STK nicht gebunden. Bei der Bewilligung werden die Angaben im Antrag zugrunde gelegt, etwaige im Nachgang auftretende Mehrkosten können nicht berücksichtigt werden.

3.5.3

Eine Auszahlung erfolgt nur auf Konten der Projektträger*innen, eine Auszahlung auf das Konto einer Privatperson ist ausgeschlossen.

4. Verwendung und Nachweis

4.1 Wechselnde Vertragspartner*innen

Bei wiederholter Antragstellung soll der*die Projektträgerin im Falle von Fremdleistungen auf einen Wechsel der Beauftragten/Vertragspartner*innen achten.

4.2 Zusendung Verwendungsnachweis

Innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Projektes weist der*die Projektträger*in dem FB 56 die tatsächlich verausgabten Mittel über einen Verwendungsnachweis (**Anlage 3**) mit allen dazugehörigen Rechnungen nach. Dem Verwendungsnachweis ist ein Projektbericht beizufügen. Nicht verausgabte Mittel sind zu erstatten.

4.3 Inventarisierung

Aus Fördermitteln von dem*r Projektträger*in beschaffte Gegenstände sind bei diesem zu inventarisieren. Nicht ortsgebundene Gegenstände (z.B. Nähmaschine, Moderationskoffer) stellt der*die Projektträger*in nach Projektende auf Anfrage anderen Institutionen mit Sitz im Stadtteil für quartiersbezogene Zwecke leihweise zur Verfügung.

5. Finanzielle Ausstattung der einzelnen Stadtteiffonds

Die Anzahl der Stadtteiffonds richtet sich nach der Anzahl der eingerichteten Stadtteilkonferenzen. Die finanzielle Ausstattung der einzelnen Fonds pro Kalenderjahr orientiert sich an der Einwohner*innenzahl (Stand: xxx) des jeweiligen Stadtteils nach den folgenden Vorgaben:

Stadtteilkonferenzen	Einwohner*innen	Stadtteifonds-Mittel (Euro)	
		4.000 Einwohner*innen und weniger Faktor 2	Über 4.000 Einwohner*innen Faktor 0,5
Aachen-Nord	16.766		8.383
Brand	17.294		8.647
Burtscheid	16.826		8.413
Eilendorf	15.892		7.964
Forst/Driescher Hof	21.946		10.973
Haaren/Verlautenheide	12.622		6.311
Hörn/Königshügel/Muffet	5.582		2.791
Kornelimünster/Walheim/ Oberforstbach	15.336		7.668
Kronenberg	3.676	7.352	
Kullen/Steppenberg/ Vaalserquartier	10.027		5.014
Ost/Rothe Erde	23.032		11.516
Preuswald	1.980	3.960	
Richterich	8.718		4.359
Westparkviertel	8.281		4.141
Summe	177.978	97.492	

Die Einwohner*innenzahlen werden ab Datum des Inkrafttretens der Richtlinie alle drei Jahre aktualisiert. Maßgeblich sind die Zahlen zum 31.12. des jeweils vorgehenden Kalenderjahres.

6. Geschäftsaufwendungen Stadtteilkonferenzen

Auf Antrag werden von der Stadt Geschäftsausgaben der STK von bis zu 250,00 Euro je Kalenderjahr erstattet. Diese Mittel werden zu dem jeweiligen Stadtteifondsbudget addiert. Geschäftsausgaben sind Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Arbeit der Stadtteilkonferenzen oder ihrer Ausschüsse angefallen sind. Als Geschäftsausgabe gilt ebenfalls die Anschaffung langlebiger Güter (z. B. Moderationskoffer). Antragsberechtigt ist das Sprecher*innenteam bzw. die dahinterstehenden Institutionen/Einrichtungen der jeweiligen STK.

7. Mittelumverteilung

Damit das zur Verfügung stehende Budget bestmöglich ausgeschöpft werden kann, nimmt der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration **zum Stichtag 30.06** mit den Sprecher*innenteams der Stadtteilkonferenzen Kontakt auf, die den Fonds bis dahin kaum oder gar nicht in Anspruch genommen haben. Es wird geklärt, ob Vorhaben für das zweite Halbjahr geplant sind und welches Budget hierfür eingeplant wird. Bestehen auch für das zweite Halbjahr keine konkreten Projektvorhaben, so kann ein Teil des für diese STK vorgesehenen Budgets dem Budget anderer STK übergeleitet werden, die bis zum 30.06. Mehrbedarf angemeldet haben.

8. Ergänzende Bestimmungen

Bei den Zuwendungen aus den Stadtteiffonds handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Aachen. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht, sie erfolgt nur im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

Eine Zuwendung durch den Stadtteiffonds wird nur gewährt, soweit keine bezirklichen Mittel oder zielgruppenspezifischen Förderungen zur Verfügung stehen.

Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit der Bewilligungsbescheid aufgehoben wurde oder sonst unwirksam wird. Eine Aufhebung kann insbesondere erfolgen, wenn der*die Zuwendungsempfänger*in den Verwendungsnachweis nicht fristgerecht vorlegt.

9. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 01.05.2023 in Kraft.

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

1. September 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.06.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Leo Deumens	als Vorsitzender
Frau Uschi Brammertz	
Ratsfrau Franca Braun	
Ratsfrau Andrea Derichs	als Vertreterin von Herrn Bürgermeister Holger Brantin
Frau Marlies Diepelt	als Vertreterin von Ratsfrau Nathalie Koentges
Ratsherr Birdal Dolan	
Frau Anne Eickholt	
Herr Frank Hansen	
Frau Dr. Catharina Jacobskötter	
Frau Heike Keßler-Wiertz	

ASID/15/WP18

Ausdruck vom: 01.09.2023

Seite: 1/19

Herr Philipp Noack	als Vertreter von Herrn Tim Pilz
Ratsfrau Dr. Julia Oidtmann	
Frau Alexandra Radermacher	als Vertreterin von Rats Herrn Dirk Szagunn
Frau Bürgermeisterin Hilde Scheidt	
Frau Caline Strack	
Rats Herr Peter Tillmanns	
Frau Nadine van der Meulen	
Herr Michael Wedepohl	
Frau Anahid Younessi	
Herr Dirk Zirbes	

Abwesende:

Bürgermeister Holger Brantin	entschuldigt
Frau Jutta Hennig	entschuldigt
Ratsfrau Nathalie Koentges	entschuldigt
Herr Tim Pilz	entschuldigt
Rats Herr Dirk Szagunn	entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Prof. Dr. Sicking	Dezernat VI - Wohnen, Soziales und Wirtschaft - Beigeordneter
Herr Frankenberger	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - Fachbereichsleitung
Frau Begaß	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Finken	Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
Herr Gluth	Kulturbetrieb der Stadt Aachen
Herr Jansen	Dezernat III – Stadtentwicklung, Bau und Mobilität
Frau Meier	Fachbereich Sicherheit und Ordnung
Herr Rahn-Bergner	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

als gem. § 58 Abs. 3 S. 6 GO NW hinzugezogener Bürger:

Herr Schweden AG Behindertenhilfe

als Gäste:

Frau Gehendges	WABe e. V.
Frau Harms	Aidshilfe Aachen e. V.
Frau Hildebrandt	Freiwilligenagentur
Frau Kupka	WABe e. V.
Frau Offermann	WABe e. V.
Herr Rietschel	Freiwilligenagentur
Frau Supra	WABe e. V.
Frau Trogus-Liegmann	Engagement-Förderung-Aachen e. V.
Frau Völl	Solwodi e. V.

als Schriftführerin

Frau Kehr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: FB 56/0303/WP18

- 2 **Bericht der Freiwilligenzentren (neuerdings „Freiwilligenagentur Aachen“)**
Vorlage: FB 56/0293/WP18

- 3 **Quartiersanalyse Driescher Hof: Ergebnisse der Bewohner*innen-Befragung**
Vorlage: FB 56/0294/WP18

- 4 **Stiftung Elisabethspitalfonds - Förderung der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in erzwungener Sexarbeit im Stadtgebiet Aachen „LIANE“**
Vorlage: FB 20/0170/WP18

- 5 **Förderung des inklusiven Festivals Einzigartig des Kulturbetriebs aus Mitteln des Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration - Tagesordnungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD**
Vorlage: FB 56/0295/WP18

- 6 **Erweiterung des Kreises der Aachen-Pass-Berechtigten**
Ratsantrag Nr. 332/18 der Fraktion Die Linke „Kreis der Aachen-Pass-Empfänger*innen erweitern“
Vorlage: FB 56/0296/WP18

- 7 **Aktuelle Situation**
- a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
 - b) in den Übergangsheimen
 - c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik
- Vorlage: FB 56/0292/WP18

- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Altstadtquartier Büchel – Fokus Antoniusstraße:**
Vorlage: FB 56/0302/WP18

- 1.1 **Verfahren der Hinzuziehung von Bürger*innen zu Ausschusssitzungen gem. § 58 Abs. III Satz 6 Gemeindeordnung:**

- 2 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorlage: FB 56/0303/WP18

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung. Herr Deumens informiert über die Tischvorlage zu TOP 1 des öffentlichen Sitzungsteils, über die Tischvorlage der grün-roten Koalition zu TOP 6 „Erweiterung des Kreises der Aachen-Pass-Berechtigten“, geänderter Beschlussvorschlag zur Vorlage Nr. FB 56/0296/WP18 sowie über die Tischvorlage zu TOP 1 des nichtöffentlichen Sitzungsteils.

Danach ruft der Vorsitzende den Punkt Hinzuziehung des Herrn Arnold Schweden auf. Herr Deumens knüpft noch einmal an den Ratsbeschluss vom 22. März 2023 an. Er beabsichtigt, das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren hinsichtlich der Hinzuziehung gem. § 58 Abs. III Satz 6 Gemeindeordnung in der nicht-öffentlichen Sitzung zur Debatte zu stellen.

Danach beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig, Herrn Arnold Schweden als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe für die heutige Sitzung gem. § 58 Gemeindeordnung hinzuzuziehen.

Im Anschluss an den Beschluss spricht Herr Schweden die Verpflichtungsformel.

Am Ende dieses Tagesordnungspunkts stellt Herr Deumens fest, dass keine Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung des öffentlichen Sitzungsteils gewünscht sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt unter Berücksichtigung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zum öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

zu 2 Bericht der Freiwilligenzentren (neuerdings „Freiwilligenagentur Aachen“)

Vorlage: FB 56/0293/WP18

Frau Hildebrandt, Frau Trogus-Liegmann und Herr Rietschel von der Freiwilligenagentur erläutern anhand einer PowerPoint Präsentation die (Vor-)Geschichte, die Ziele und den Sinn und Zweck der Gründung der Freiwilligenagentur. Die Präsentation wurde bereits mit der Einladung zusammen als Anlage der Verwaltungsvorlage Nr. FB 56/0293/WP18 versandt.

Die Vertreter*innen der Freiwilligenagentur sprechen den zusätzlichen Finanzierungsbedarf für die Anmietung eines zentral in der City gelegenen Ladenlokals an.

Frau van der Meulen, Frau Dr. Oidtmann, Frau Bürgermeisterin Scheidt, Frau Braun und Andere danken den vortragenden Mitarbeitenden der Freiwilligenagentur für ihren instruktiven Vortrag und begrüßen die Fusion zur Freiwilligenagentur im Sinne der Effektivitätssteigerung und der Vermeidung von Doppelstrukturen.

Frau Dr. Oidtmann fragt nach der Entwicklung der Fallzahlen der Beratungstätigkeit in den letzten Jahren und spricht die von der Verwaltung in der Vorlage genannten Kennzahlen an. Für die Jahre 2020 bis 2023 hat es nach Angabe der Berichterstatter*innen insgesamt 45, 54, 34 bzw. 44 Beratungen gegeben, wobei die 44 Beratungen in 2023 nur den Stand bis Mai abbilden würden. Der Einbruch der Beratungstätigkeit sei der Pandemie geschuldet. Zwar habe der Wunsch, sich ehrenamtlich zu betätigen, in der Pandemie überdurchschnittlich zugenommen, andererseits hätten sich die Einrichtungen abschotten müssen.

Frau van der Meulen, Frau Bürgermeisterin Scheidt und Frau Braun sehen Klärungsbedarf hinsichtlich der Mietzinshöhe für das anzumietende Ladenlokal. Die Mitarbeiter*innen der Freiwilligenagentur geben im Hinblick auf die Mietzinshöhe zu bedenken, dass die Vermieterin den regulären Mietzins für die Freiwilligenagentur bereits abgesenkt habe. Eine kostenlose Zurverfügungstellung eines geeigneten Ladenlokals im städtischen Programm „Ladenliebe“ sei nicht möglich gewesen, weil es hier, im Gegensatz zur Förderkulisse, um eine dauerhafte und nicht nur vorübergehende Anmietung gehe. Auch eine stärkere Nutzung der Räumlichkeiten des Oecher Labs im Alten Posthof besitze nach Auffassung der Freiwilligenagentur kein Einsparpotenzial, weil die Räume für eine vertrauliche Beratung nur unzureichend geeignet seien. Im Übrigen verweisen die Vortragenden auf die sehr guten Erfahrungen mit dem Ladenlokal in Burtscheid im Hinblick auf die Anwerbung und Beratung von Ehrenamtler*innen.

Frau Bürgermeisterin Scheidt fragt weiter nach, ob für die Öffentlichkeitsarbeit eine Kooperation mit der Stadt Aachen hier: Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung, stattgefunden habe, wie das Online-Angebot und die Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen aussehe. Alle diese Fragen werden von den anwesenden Mitarbeitenden der Freiwilligenagentur positiv beantwortet. Insbesondere wird hervorgehoben, dass das Gros der Beratungen schon heute als Videokonferenz stattfindet, dass ein reger und stetiger Austausch mit den angesprochenen Verwaltungsorganisationseinheiten bestehe und über das heutige Maß an Zusammenarbeit mit den Migrant*innenorganisationen noch an einer Steigerung gearbeitet werde.

Frau Braun stellt weitere Nachfragen bezüglich der durchschnittlichen Wartezeit auf einen Beratungstermin und der Kompetenzabgrenzung zur Beratung von Ehrenamtler*innen durch das Kommunale Integrationszentrum. Herr Hansen spricht die Möglichkeit der Kooperation mit Aachener Schulen, die fakultative Einbindung von FSJler*innen und die mögliche Barrierefreiheit des neu anzumietenden Ladenlokals an. Auf Nachfrage von Frau Strack werden Fragen zur Anzahl der von der Freiwilligenagentur betreuten ehrenamtlich engagierten Menschen mit Behinderung beantwortet.

Herr Frankenberger hebt für die Verwaltung noch einmal hervor, dass die Freiwilligenagentur neben dem Rathaus und den Kirchen die dritte Säule der Betreuung von Ehrenamtler*innen in Aachen sei. Er verweist auf die 2018 zwischen diesen Akteuren vereinbarte Kompetenzaufteilung und gibt einen Überblick über die Entwicklung der finanziellen Zuwendungen. Im Ergebnis schließt er sich dem Wunsch der Politik nach einer Stärkung der digitalen Erreichbarkeit der Freiwilligenagentur an.

Zuletzt dankt auch Herr Deumens den Berichterstatter*innen für ihren Vortrag und die von ihnen geleistete wertvolle Arbeit.

Einstimmig beschließen die Ausschussmitglieder:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Bericht der Freiwilligenzentren, neuerdings „Freiwilligenagentur Aachen“, zur Kenntnis.

zu 3 Quartiersanalyse Driescher Hof: Ergebnisse der Bewohner*innen-Befragung

Vorlage: FB 56/0294/WP18

Für die Verwaltung präsentiert Frau Begaß ausgewählte Ergebnisse der repräsentativen Bewohner*innenbefragung. (Die in der Sitzung verwaltungsseitig in Aussicht gestellte ausführlichere Version der Präsentation befindet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.) Frau Begaß gibt zunächst einen Überblick über Verfahren, Form und Methodik der Befragung, z. B. den Befragungszeitraum (19.09. bis 16.10.2022), die Zahl der angeschriebenen Haushalte (2.500), Rückläuferquoten (persönlich, per Post, auf elektronischem Weg).

Im Verlauf ihres Vortrags spricht Frau Begaß u. a. folgende Themenkreise an:

- Quartierscheck im Rahmen einer Fotorallye von Kindern der GGS Driescher-Hof
- zentrale Ergebnisse der Befragung, wie etwa Gründe für die Wohnsitzwahl im Quartier
- die Wohndauer im Stadtteil
- das Maß an Zufriedenheit mit dem Wohnquartier
- die Gründe für diese Zufriedenheit
- Stärken des Wohnorts Driescher-Hof
- positiv wahrgenommene Orte im Viertel
- den Grad der Zufriedenheit mit den sozialen Kontakten im Stadtteillumfeld
- vorhandene Hilfsstrukturen im Quartier (Freunde/Bekannte, Familie/Partner*innen, Nachbarschaft)
- Handlungsbedarfe und Verbesserungspotenziale
- Schwächen des Wohnorts Driescher-Hof, wie z. B. die verbesserungsbedürftige Infrastruktur (öffentliche WC-Anlagen, Kulturveranstaltungen, Sitzgelegenheiten, Gastronomieangebot usw.)
- Schwächen und negativ behaftete Örtlichkeiten aus Sicht der Kinder (Fotorallye)
- Veränderungswünsche wie Wohnraumerweiterung/-veränderung, mehr Barrierefreiheit, mehr Freiräume im Wohnumfeld
- Ausblick auf den weiteren Prozess in Forst
- die geplante Verwendung der Befragungsergebnisse im Handlungskonzept Wohnen sowie im Quartiersmanagement des Stadtteilbüros und im ISEK-Prozess.

Der Vorsitzende, Herr Deumens, dankt Frau Begaß und ihrer Abteilung FB 56/300 für die Befragung und die Präsentation der Ergebnisse im Ausschuss und lobt die zum Teil nicht erwartbaren Ergebnisse.

Frau Radermacher, Frau Dr. Oidtmann, Herr Dolan, Herr Tillmanns, Frau Diepelt und Frau Bürgermeisterin Scheidt schließen sich dem Lob und dem Dank des Vorsitzenden an.

ASID/15/WP18

Ausdruck vom: 01.09.2023

Seite: 10/19

Frau Dr. Oidtmann erklärt, die in der Befragung zum Ausdruck kommenden Wünsche ernst nehmen und die Menschen im Stadtteil mitnehmen zu wollen. Die positiven Ergebnisse seien eine große Motivation für Politik und Verwaltung gleichermaßen. Am Ende des Beitrags verleiht Frau Dr. Oidtmann ihrer Vorfreude auf die weitere noch zu tuende Arbeit Ausdruck.

Herr Dolan weist auf die Bedeutung der Befragungsergebnisse nicht nur für den ISEK-Prozess, sondern gerade auch für das Quartiersmanagement und das Handlungskonzept Wohnen, hin und äußert sich zufrieden darüber, dass die Ergebnisse bestimmte Annahmen, die bisher nur vermutungsweise im Raum gestanden hätten, bestätigen würden.

Herr Tillmanns hält fest, dass als Ergebnis der Befragung und deren Analyse noch viel Arbeit zu tun sei, dies gelte insbesondere für die in den einzelnen Teilquartieren identifizierten Handlungsbedarfe.

Frau Diepelt erklärt, dass die Ergebnisse der Kinder-Fotorallye bereits in der BV Mitte vorgestellt worden seien und weist darauf hin, dass, ihrer Auffassung nach, die von den Kindern gewünschten Veränderungen im Außenbereich prioritär bearbeitet werden sollten.

Frau Bürgermeisterin Scheidt lobt die Arbeit der OT Driescher-Hof, die seit nunmehr dreißig Jahren geleistet werde und zu eindrucksvollen Ergebnissen geführt habe.

Danach fasst der Ausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen und den Ergebnisbericht zur Bewohner*innen-Befragung am Driescher Hof der Verwaltung zur Kenntnis und begrüßt die Integration der Ergebnisse in die Analysen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Forst/Schönforst/Driescher Hof.

zu 4 Stiftung Elisabethspitalfonds - Förderung der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in erzwungener Sexarbeit im Stadtgebiet Aachen „LIANE“

Vorlage: FB 20/0170/WP18

Herr Frankenberger informiert zu Beginn des Tagesordnungspunkts über vertrauliche personenbezogene Daten, die von der Verwaltung versehentlich mit der Verwaltungsvorlage versandt worden seien und bittet in diesem Zusammenhang um vertrauliche Behandlung, Schwärzung bzw. Datenvernichtung. Mittlerweile habe die Verwaltung den Fehler in den Allris-Dokumenten beseitigt. Frau Offermann (WABe e. V.) und das Mitarbeiterinnenteam des Projekts LIANE geben mit Hilfe einer Präsentation ihren Tätigkeitsbericht (Juli 2022 bis Mai 2023) ab. Die Präsentation befindet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift. Geschildert werden

- das konkrete Fallbeispiel einer Programmteilnehmerin
- das Konzept für die Beziehungsarbeit und den Schutz- und Ruheraum
- Fallzahlen und -statistiken
- die Kooperation mit Netzwerkpartner*innen
- Beispiele aus der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie
- ein Ausblick auf die Agenda der nächsten zwölf Monate.

Zu Beginn der Aussprache dankt der Vorsitzende dem LIANE-Team für die sehr gute und wichtige Arbeit. Frau Brammertz, Frau Radermacher, Frau Braun, Frau Diepelt und Frau Dr. Oidtmann schließen sich dem Dank an.

Auf Nachfrage von Frau Diepelt erläutern die Berichterstatte(r)innen Einzelheiten zur Online-Aktion anlässlich des Internationalen Tags der Sexarbeiter*innen.

Frau Grehling dankt dem LIANE-Team für die sehr engagierte streetwork, die man bislang selten so gesehen habe, spricht die bereits sichtbaren Verbesserungen am Kaiserplatz an und betont die spürbare Aufwertung der Situation der betroffenen Frauen.

Neben dem sozialpolitischen Aspekt der Arbeit weist sie auf die darüberhinausgehende ordnungsbehördliche Funktion des LIANE-Projekts hin. Im Ergebnis kündigt Frau Grehling an, die Finanzierung kurzfristig weiter mit Stiftungsmitteln sichern zu wollen. Mittelfristig solle die Finanzierung dann in eine dauerhafte Finanzierung mit regulären Haushaltsmitteln überführt werden.

Einstimmig wird der folgende Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie beschließt den Zuschuss in Höhe von 152.100,- € an den WABe e.V. zur Förderung des Projektes „LIANE“ aus der Stiftung Elisabethspitalfonds.

zu 5 Förderung des inklusiven Festivals EinzigArtig des Kulturbetriebs aus Mitteln des Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration - Tagesordnungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

Vorlage: FB 56/0295/WP18

Für die antragstellende grün-rote Koalition führt Frau Bürgermeisterin Scheidt kurz in den aktuellen Sachstand ein. Sie erklärt, dass mit den zusätzlich zur Verfügung zu stellenden Mitteln in Höhe von 5.000 Euro ein zwar abgespecktes aber dennoch gutes Festival ermöglicht werden könne. Weiter weist Frau Bürgermeisterin Scheidt darauf hin, dass ratsfraktionsübergreifend nach wie vor der Wunsch nach einer weitergehenden Finanzierung, über die 5.000 Euro hinaus, bestehe. Am Ende des Wortbeitrags dankt sie der Verwaltung für die Prüfung und Bereitstellung der Mittel aus dem Sachkonto „Integrative Mittel“. Frau Dr. Oidtmann schließt sich dem Dank ihrer Vorrednerin an.

Einstimmig wird der folgende Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für **Soziales, Integration und Demographie** nimmt die Ausführungen der Verwaltung bezüglich der Unterstützung des inklusiven Festivals EinzigArtig des Kulturbetriebs aus Mitteln des Elisabethspitalfonds zur Kenntnis.

zu 6 Erweiterung des Kreises der Aachen-Pass-Berechtigten

Ratsantrag Nr. 332/18 der Fraktion Die Linke „Kreis der Aachen-Pass-Empfänger*innen erweitern“

Vorlage: FB 56/0296/WP18

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die grün-rote Koalition vor Sitzungsbeginn einen geänderten Beschlussvorschlag vorgelegt. Dieser befindet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift, siehe TOP 1 „Eröffnung der Sitzung“).

Frau van der Meulen meldet sich zu Wort. Sie sei geschockt über die geringe Nutzungsquote des Aachen-Passes. Laut Untersuchung der Verwaltung nehmen von den 40.000 Berechtigten derzeit nur ca. 1,7% Vergünstigungen des Aachen-Passes in Anspruch. Frau van der Meulen fragt nach den Gründen dafür. Im Übrigen kündigt sie Zustimmung zum geänderten Beschlussentwurf der Koalition an.

Frau Radermacher fragt die Verwaltung nach den Möglichkeiten eines automatisierten Versands des Aachen-Passes an Wohngeldberechtigte bzw. nach Beantragung durch Wohngeldberechtigte im Einzelfall.

Mehrere Wortbeiträge von Ausschussmitgliedern befassen sich zudem mit den Gründen, warum der Fachbereich Sport keinerlei statistische Daten über die Nutzung des Aachen-Passes bei Sportangeboten vorliegen habe.

Herr Frankenberger informiert darüber, dass

- vor einer etwaigen automatisierten Zusendung des Aachen-Passes an die zurzeit ca. 5.000 Wohngeldberechtigten vom Land aus Datenschutzgründen die schriftliche Zustimmung jedes einzelnen Berechtigten zur Datenübermittlung an die Stadt Aachen abgefragt werden müsse. Er erinnert in diesem Zusammenhang noch einmal an das analoge Verfahren, das im Falle von SGB II-Bezieher*innen mit dem Jobcenter praktiziert wird
- demgegenüber die Umsetzung im Rahmen eines Antragsverfahrens - auf Abruf der Wohngeldberechtigten (Antragsverfahren) – für die Verwaltung einfacher umzusetzen/zu handhaben sei. Entsprechende Hinweise an die Berechtigten könnten beispielsweise bereits in das Online-Antragsverfahren (Wohngeld) eingearbeitet werden. Außerdem könnte ggf. mit Hilfe von Info-Flyern auf einen Anspruch der Wohngeldberechtigten auf Erhalt eines Aachen-Passes hingewiesen werden.

- der Fachbereich Sport keinerlei Daten über die Nutzung vorliegen habe. Dies sei möglicherweise darauf zurückzuführen, dass z. B. in den städtischen Schwimmbädern im Kassensystem nur die Zahl der „ermäßigten Tickets“ registriert werde, aber nicht der Grund für die Ermäßigung, z. B. Schüler*in/Studierende*r, Aachen-Pass-Inhaber*in etc.

Frau Dr. Oidtmann weist noch einmal auf die Notwendigkeit hin, dass die Verwaltung zur Umsetzung des geänderten Beschlusstextes sowohl Vorschläge für das Verfahren, wie Wohngeldbezieher*innen den Aachen-Pass erhalten können, als auch die Attraktivierung der Angebote des Aachen-Passes selbst, im Sinne einer stärkeren Nutzung durch die Berechtigten, erarbeiten solle. Auch im Hinblick auf die geringe Nutzungsquote bittet Frau Dr. Oidtmann um zeitnahe Vorschläge der Verwaltung - möglichst bereits nach der Sommerpause.

Herr Tillmanns signalisiert Zustimmung der CDU-Fraktion zum geänderten Beschlussvorschlag der Koalition. Er bezeichnet die Attraktivierung des Passes und die Erhöhung der Nutzer*innenquote als „Mammutaufgabe“, die angegangen werden müsse. In seinem Wortbeitrag beschäftigt Herr Tillmanns sich mit der Frage, auf welche Weise die vergünstigten Angebote des Aachen-Passes besser beworben werden könnten, damit sie in Zukunft stärker genutzt werden könnten.

Frau Braun dankt der LINKEN-Fraktion für ihren Antrag. Dadurch sei das Problem erst sichtbar geworden. Frau Braun begrüßt die Ausweitung der Aachen-Pass-Berechtigung auf den Kreis der Wohngeldbezieher*innen. Im Detail spricht sie sich für ein Antragsverfahren aus. Außerdem regt sie an darüber nachzudenken, ob nicht auch eine Lösung auf der Ebene der Gebührensatzungen (Gebührenerkungen für bestimmte privilegierte Gruppen) nicht sinnvoller wäre als das Aachen-Pass-Versand-Modell.

Herr Schweden gibt zu bedenken, dass ein Grund für die geringe Nutzungsquote des Aachen-Passes auch die mit dem Vorzeigen des Ausweises für die Berechtigten immer verbundene Stigmatisierung etwa an der Schwimmbad- oder Museumskasse sein könne. Insofern regt Herr Schweden eine Prüfung an, ob eine Zusammenführung mit dem nicht stigmatisierenden Ehrenamtspass oder eine Umbenennung des Aachen-Passes möglich sind.

Frau Bürgermeisterin Scheidt erinnert daran, dass der Aachen-Pass in den 1980er Jahren ursprünglich mit dem Titel „Armenpass“ gestartet sei. Sie plädiert für eine Attraktivitätssteigerung des Angebots für die Nutzer*innen, insbesondere schlägt sie die öffentliche Publikation einer Liste vor, die dokumentiert, wann, ASID/15/WP18

Ausdruck vom: 01.09.2023

Seite: 15/19

wo, welche Ermäßigung in Anspruch genommen werden könnte. Außerdem spricht sie sich dafür aus, dass die Verwaltung auf alle Veranstalter*innen in Aachen zugehen möge, z. B. den ALRV, die Alemannia Aachen usw. damit diese gebeten würden, im Rahmen ihrer Veranstaltungswerbung die Rabattierung durch den Aachen-Pass gleich mitzubewerben. Am Ende ihres Wortbeitrags erklärt Frau Bürgermeisterin Scheidt, dass sie sich auf lange Sicht die automatisierte Versendung der Aachen-Pässe auch an die Wohngeldbezieher*innen wünsche.

Herr Frankenberger erklärt für die Verwaltung, dass es möglicherweise ein Weg sein könne, im Rahmen eines Projekts mit der Katholischen Hochschule Aachen mit Hilfe einer Umfrage unter den Aachen-Pass-Nutzer*innen statistische Daten zur Nutzung des Passes für Sportangebote zu erheben.

Frau Keßler-Wiertz regt an, zur Gewinnung von Daten über die Nutzung des Aachen-Passes in den Bereichen Sport, Bibliothek, Theater usw. gegebenenfalls auch auf die Möglichkeit einer Umfrage durch Mitarbeiter*innen des Quartiersmanagements oder der Schuldner*innenberatung der Verbraucherzentrale Aachen zurückzugreifen.

Am Ende der Debatte lässt der Vorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag der Koalition abstimmen.

Einstimmig wird in wie folgt geänderter Fassung beschlossen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen eine Erweiterung des Personenkreises um die Gruppe der Wohngeldberechtigten hätte, wenn diesen einen Aachen-Pass auf Antrag erhalten würden. Zusätzlich soll die Verwaltung prüfen, wie die Nutzung des Aachen-Passes attraktiviert werden kann.

zu 7 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0292/WP18

Ohne Aussprache wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 19:20 Uhr

Vorlage		TOP 1
Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration Beteiligte Dienststelle/n:		Vorlage-Nr: Status: öffentlich AZ: Datum: 07.06.2023 Verfasser: FB 56/120
Eröffnung der Sitzung		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
15.06.2023	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt unter Berücksichtigung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zum öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folgekoste n (alt)	Folgekost en (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz

/ die Klimafolgenanpassung

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:	keine	<input checked="" type="checkbox"/>	positiv		negativ		nicht eindeutig	
Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:	gering		mittel		groß		nicht ermittelbar	<input checked="" type="checkbox"/>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz	keine		positiv		negativ		nicht eindeutig	<input checked="" type="checkbox"/>
------------------------------------	-------	--	---------	--	---------	--	-----------------	-------------------------------------

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die CO2-Einsparung durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering – unter 80 t / Jahr (0,1% des jährlich Einsparziels)
- mittel – 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß – mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die Erhöhung der CO2-Emissionen durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering – unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel – 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß – mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO2-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/> vollständig	<input type="checkbox"/> überwiegend (50-99%)	<input type="checkbox"/> teilweise (1-49%)	<input type="checkbox"/> nicht	<input type="checkbox"/> nicht bekannt
--------------------------------------	--	---	--------------------------------	--

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Aachen hat in seiner Sitzung vom 22. März 2023 beschlossen, dass u.a. der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie die Möglichkeit nutzen kann, im Rahmen der politischen Partizipation Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe bis zum Ende der 18. Wahlperiode zu Beratungen hinzuzuziehen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie befindet über die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zu seiner Sitzung des 15. Juni 2023.



www.aachen.de



Ergänzend zur Vorlage und der mündlichen Präsentation im AfSID am 15.06.2023 wird hiermit eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der Bewohner*innenbefragung ergänzt. Unter den Folien befinden sich dazu erläuternde Ausführungen.

Befragung Driescher Hof

Einführung, Allgemeine Angaben

Fokusraum Driescher Hof

Handlungskonzept Wohnen
Fokusraum Driescher Hof: Wohn- und Lebensbedingungen

Betrachtung der Sozialdaten, Wohnungsbestand und des Wohnumfelds

Erweiterung der indikatorbasierten Sozialdaten durch **persönliche Sichtweisen und Erfahrungen** der Menschen vor Ort

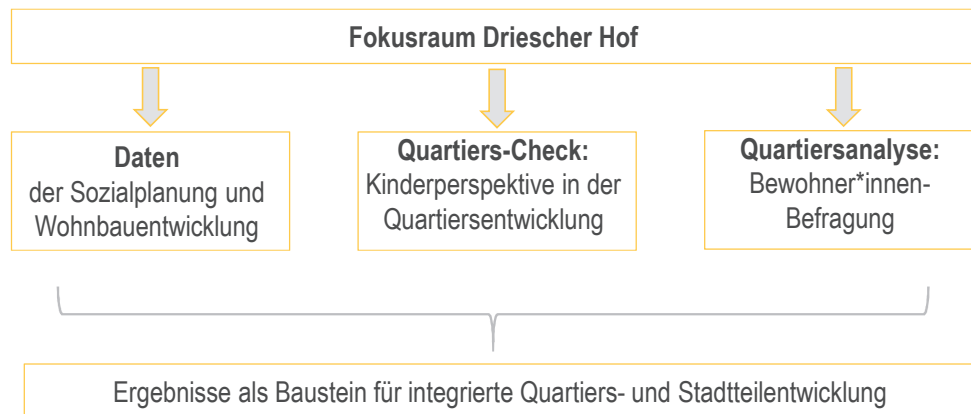
Bewertung des eigenen Wohn- und Lebensumfeldes, Verbesserungspotenziale, Wünsche



Im Handlungskonzept Wohnen werden die Strategien zur Wohnraumentwicklung Aachens beschrieben. Übergreifende Zielsetzung ist es dabei das Wohnen für alle Zielgruppen in allen Teilräumen der Stadt zu ermöglichen und dabei nicht nur das eigentliche Wohnen, sondern auch Aspekte des Wohnumfeldes, der quartiersbezogenen Infrastrukturen und des sozialen Zusammenlebens in eine gut geplante Wohnbauentwicklung einzubeziehen.

Mit Beschluss des Handlungskonzept Wohnens im Mai 2022 durch den Rat der Stadt Aachen wurde auch der darin beschriebene Fokusraum Forst/Driescher Hof im Hinblick auf die Wohn- und Lebenssituationen der Menschen vor Ort verstärkt in den Blick genommen. Für eine integrierte Quartiersentwicklung zur Aufwertung und Verbesserung des Gesamttraumes ist es unerlässlich, rein indikatorbasierte Datenlagen der Sozialplanung zu erweitern um die ganz persönlichen Sichtweisen und Erfahrungen der Menschen im Hinblick auf ihr Quartier.

Fokusraum Driescher Hof

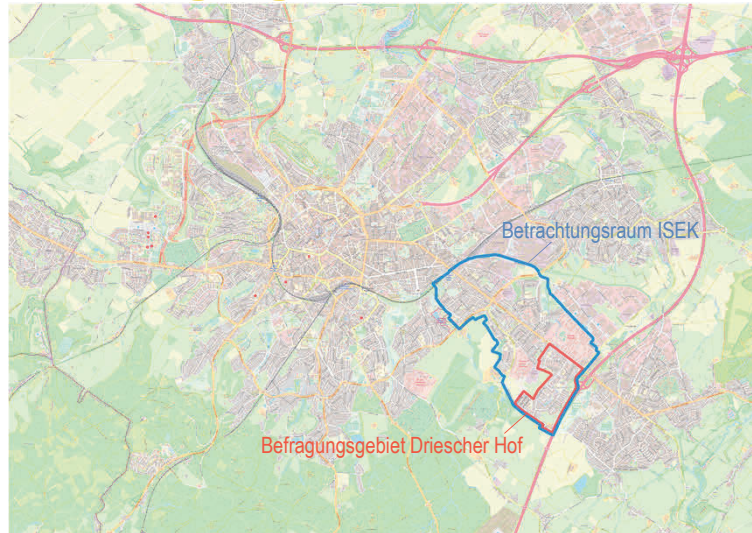


Neben der Datenbetrachtung wurden im Handlungskonzept Wohnen zwei weitere Wege aufgezeigt, mit denen es gelingen kann Erkenntnisse über die Sichtweisen der Bevölkerung auf ihr Quartier zu gewinnen.

Die sogenannte „Quartiersanalyse“ beschreibt dabei ein Vorgehen, bei dem gezielt verschiedene Zielgruppen in einem Quartier zu bestimmten Themenschwerpunkten befragt werden und diese Befragungsergebnisse später auch statistisch ausgewertet werden können. Der sogenannte „Quartiers-Check“ skizziert dagegen eine qualitative Methode, bei der z.B. in spielerischen Formaten ganz individuelle Blicke auf das Quartier eingefangen werden, die frei von vorgefertigten Antwortmöglichkeiten sind. Dieses Format eignet sich besonders für die Einbindung der Eindrücke sowie Erlebnis- und Erfahrungswelten z.B. von Kindern und Jugendlichen im Quartier.

Quartiersanalyse - Befragungsraum

Driescher Hof



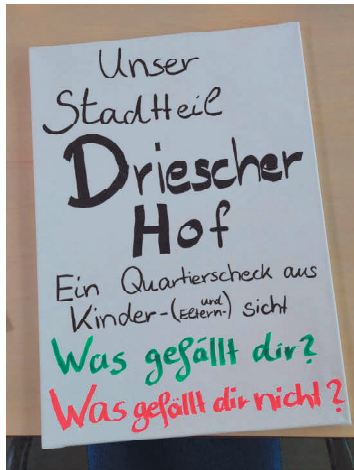
Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 5

Die räumliche Abgrenzung des Untersuchungsraumes wurde in Abstimmung mit der Sozialplanung und den Teilräumen des ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) - Betrachtungsraumes festgelegt.

Ausgegangen wird von ca. 2.500 Haushalten am Driescher Hof.

Quartiers-Check: Foto-Rallye mit der GGS Driescher Hof



20 Kinder + Eltern, ausgestattet mit einer Kamera



03.05.2022: 10 Kinder, 1. und 2. Klasse
04.05.2022: 10 Kinder, 3. und 4. Klasse
05.05.2022: Eltern des Elterncafés

Der Quartiers-Check wurde in Form eines Fotostreifzuges mit Kindern der Grundschule GGS Driescher Hof vom Quartiersmanagement Forst/Driescher Hof gemeinsam mit der Schule organisiert und durchgeführt. Für den Quartiers-Check wurden Kinder der GGS Driescher Hof mit Kameras ausgestattet und durch das Quartier begleitet. Sie hatten dabei den Auftrag Orte zu fotografieren, die sie besonders wertvoll und schön finden oder Orte, die sie weniger schön finden. Die Beschreibungen der Kinder zu den Fotos wurden dabei auch als O-Töne eingesammelt. Im Rahmen eines Schulfestes im Juni 2022 wurden die Bilder der Kinder samt O-Tönen dann in der Schule ausgestellt und damit für die Kinder gemeinsam mit den Eltern ein Abschluss ihres Streifzuges durch das Quartier gestaltet. Die Ergebnisse des Streifzuges sind ergänzend zu den Befragungsergebnissen Teil der Gesamtanalyse in dem Raum.

Quartiersanalyse Driescher Hof



n=599
Grundgesamtheit ca. 2.500
Haushalte



Persönlich, postalisch
und digital



19.09.-16.10.2022



deutsch, englisch,
türkisch und russisch

Die Haushalts-Befragung lief 4 Wochen lang. Zum Start wurden in alle Briefkästen der Wohngebäude am Driescher Hof Umschläge eingeworfen, diese enthielten: deutsches Anschreiben + Fragebogen, vorfrankierter Rücksendeumschlag, 4 QR-Codes zu Online-Versionen in deutsch, englisch, türkisch, russisch. Die Fragebögen konnten entweder per Post kostenlos zurückgesendet werden, oder an Abgabestellen im Quartier eingeschmissen werden (z.B. an Kitas, Rewe, Stadtteilbüro, Bäckerei). Zusätzlich waren jeden Tag min. 2 Mitarbeiter*innen der Planungsabteilung vor Ort und haben eine aufsuchende Befragung durchgeführt, per iPad.

Der Fragebogen

I. WOHNUMFELD DES VORWORTLES

1. Seit wie vielen Jahren wohnen Sie in der Stadt/Drauscher Hof?

2. Wie finden Sie gut im Stadtteil/Drauscher Hof zu wohnen (Befindlichkeiten insgesamt)?

3. Wie gefällt Ihnen plötzlich im Stadtteil/Drauscher Hof?

4. Wie bewerten Sie folgende Aspekte?

5. Welches Verkehrsmittel ist für Sie im Alltag am wichtigsten?

6. An welchen Orten im Stadtteil/Drauscher Hof haben Sie sich am liebsten aufhalten?

7. Gibt es im Stadtteil/Drauscher Hof Orte, an denen Sie sich am liebsten aufhalten?

8. Wie bewerten Sie folgende Aussagen zum Stadtteil/Drauscher Hof?

9. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit dem sozialen Kontakt und Nachbarn?

II. WOHNUNGSDATEN

12. Wohnen Sie zur Miete oder im Eigentum?

13. Wie groß ist Ihre Wohnung/ Ihr Haus ungefähr in Quadratmetern?

14. Plänen Sie umzuziehen?

15. Wenn Sie zwei Aspekte (maximal) an Ihrer Wohnung/Ihrem Haus ändern könnten, was wären diese?

16. Wie zufrieden sind Sie mit dem Wohnort?

17. Wie zufrieden sind Sie mit dem Wohnort?

18. Wie zufrieden sind Sie mit dem Wohnort?



Wohnumfeld

Soziales Netzwerk vor Ort

Wohnsituation

Allgemeine Angaben

Der Fragebogen bestand aus 6 Seiten und enthielt verschiedene Fragentypen (freie Antworten, Antwortbatterien, Mehrfachantworten...). Themenschwerpunkte bildeten das Wohnumfeld, das soziale Netzwerk vor Ort, die Wohnsituation sowie die Abfrage allgemeiner Angaben.

Grunddaten



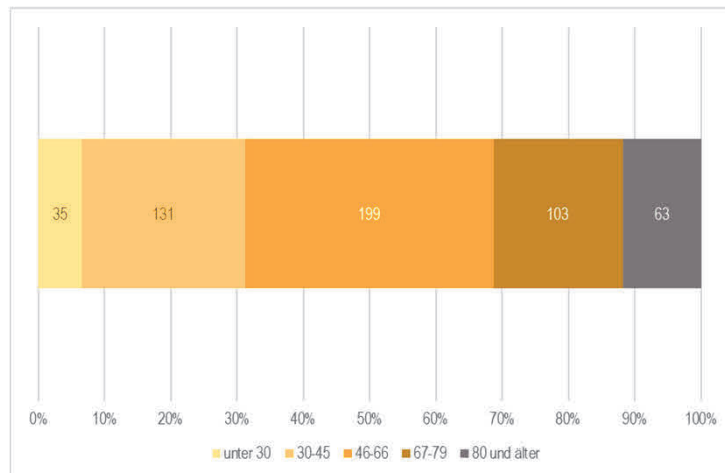
56% der Befragten sind **weiblich**, **fast 40%** sind **männlich**, etwa **4,5%** machte **keine Angabe**.



Beim **Haushaltseinkommen** zeigt sich eine **große Diversität**: Ein **Viertel** der Befragten geben ein **Haushaltseinkommen zwischen 1.000 und unter 2.000 Euro** an. Ein **Fünftel** gibt ein Einkommen zwischen **2.000 und unter 3.000 Euro** an.

Alter

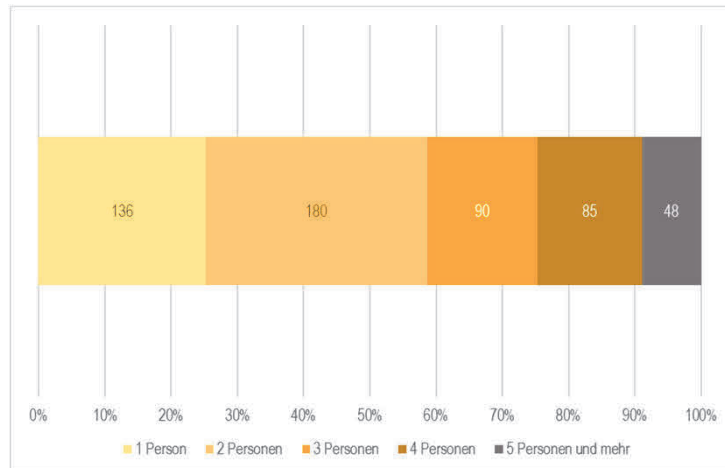
n=531



Von den Befragten war die Mehrheit im Alter von 46-66 Jahren (199 Personen) gefolgt von 30-45 -Jährigen (131) und 67-79 Jahre alten Menschen (103).

Haushaltsgröße

n=539



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 11

Im Durchschnitt leben in einem Befragtenhaushalt 2,55 Personen. 88% der Befragten leben mit einem/einer Partner*in zusammen. Knapp über die Hälfte der Befragten hat ein oder mehrere Kinder im Haushalt (Familien).

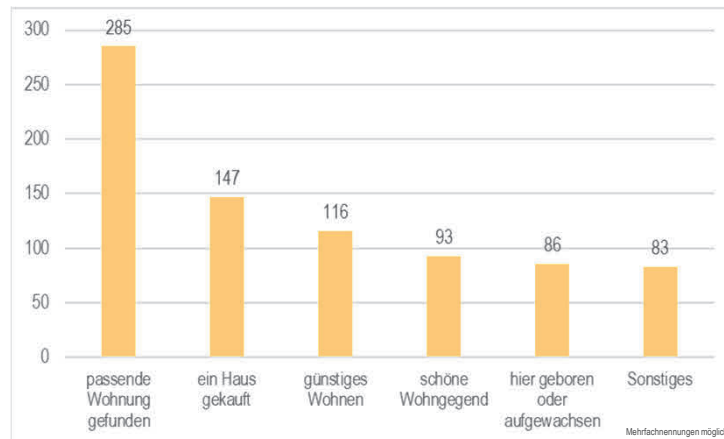
In der Befragung dominieren damit ältere Haushalte (z.T. Singles) und Familien. Dies entspricht durchaus den demographischen Schwerpunkten des Viertels.

Befragung Driescher Hof

Ergebnisse

Gründe für den Zuzug

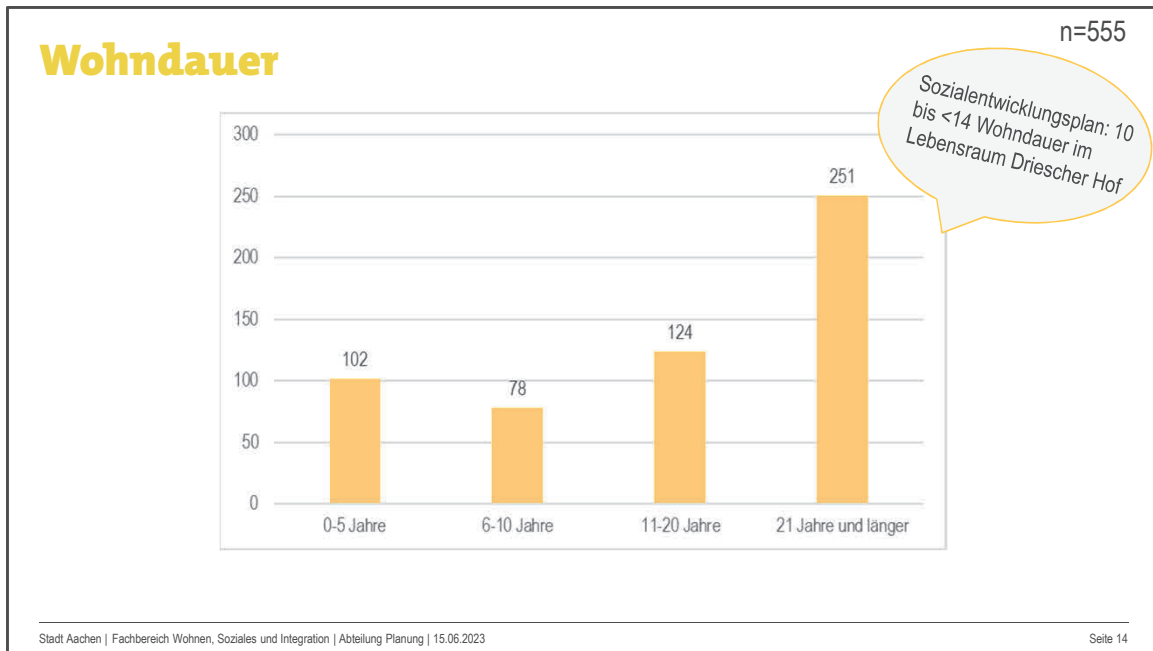
n=541



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 13

Die häufigste Antwort war „passende Wohnung gefunden“, wobei auch das bezahlbare/günstige Wohnen eine wichtige Rolle spielt. Auch der Erwerb von Eigentum in Form eines Hauses hatte eine große Bedeutung. Aufgrund der im Gebiet prägenden Struktur mit Geschosswohnungsbau wird häufig „übersehen“, dass hier auch Einfamilienhausstrukturen existieren.



Knapp die Hälfte der Befragten lebt bereits seit 21 Jahren und länger am Driescher Hof, 124 Befragte bereits seit 11 bis 20 Jahren. Diese Zahlen verdeutlichen eine hohe Verweildauer am Driescher Hof, was u.a. eine starke Verbundenheit zum Quartier unterstreicht und sich an vielen Stellen der Befragungsergebnisse auch in entsprechenden qualitativen Äußerungen und Bewertungen ausdrückt. Die Hälfte aller Befragten (52%) wohnt zur Miete.

Wohndauer nach Wohnform

n=539



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 15

Bei der Wohndauer ist beachtlich, dass nicht nur unter den Eigentümer*innen, sondern auch bei den Mietenden eine hohe Wohndauer vorhanden ist – 58% der Mieter*innen leben seit 11 Jahren oder länger am Driescher Hof.



Wohlfühlen

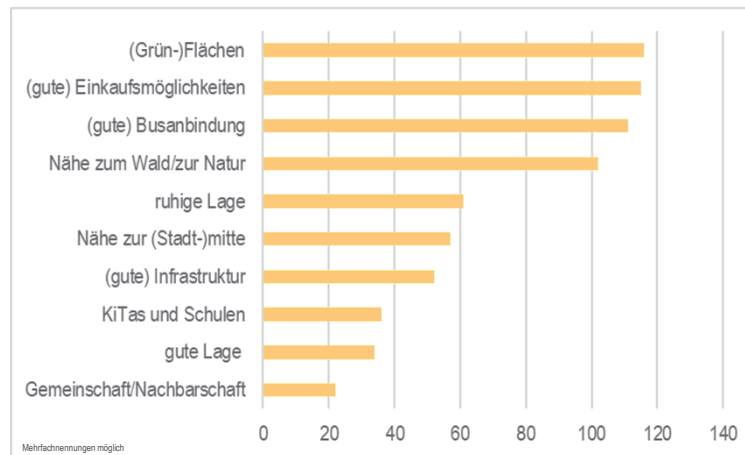
Gründe für das Wohlfühlen am Driescher Hof	Nennungen	Anteil an allen Nennungen
gut angebunden mit Bus	332	21,7%
gute Versorgung mit Geschäften	304	19,9%
nette Nachbarschaft	282	18,4%
schöne(s) Wohnung/Haus	265	17,3%
bezahlbare/gute Miete	174	11,4%
schöne Gegend	173	11,3%
Gesamt	1530	100,0%

Mehrfachnennungen möglich

Gründe für das Wohlfühlen am Driescher Hof sind die gute Infrastruktur (ÖPNV und Versorgung) sowie eine nette Nachbarschaft und bezahlbare Mieten. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich - die Antwortzahl zur Beschreibung der Wohlfühlfaktoren von 1.530 ist dabei sehr hoch. Somit ist nicht nur ein einziger Grund prägend zur Beschreibung des Wohlfühlens.

Stärken

n=459



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 18

Insgesamt gab es 982 Nennungen von Stärken. Die Abbildung zeigt die dominanten Kategorien.

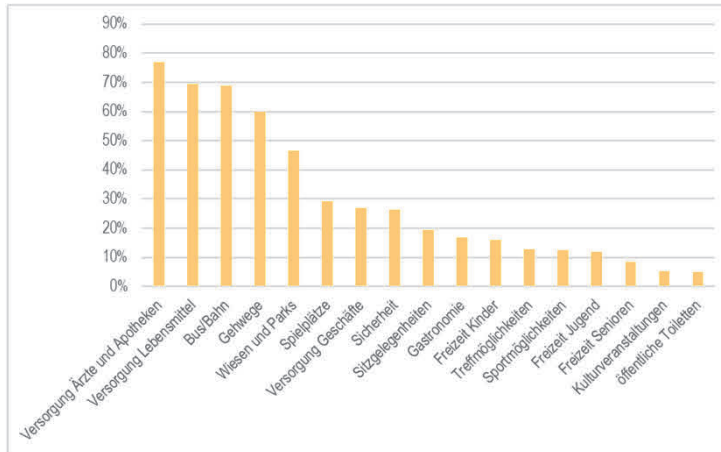
Die Busanbindung, die Grünflächen, Parks und die Lage (ruhig, Nähe zur Stadt und zu Brand) gehören zusammen mit den Einkaufsmöglichkeiten zu den wichtigsten Stärken des Viertels.

Weitere Nennungen: kulturelle Vielfalt/Durchmischung, günstiger Wohnraum, Kinderfreundlichkeit, Rewe, OT D-Hof und weitere.

Explizit wurden als Orte Parks, Spielplätze, der Wald und das Eiscafé sowie der Spielplatz in der Arlington Straße benannt.

Infrastruktur: „gut so, wie es ist“

n=536



- Gut so, wie es ist
- Könnte man verbessern
- Muss dringend verbessert werden
- Kann ich nicht beurteilen

Die Befragten waren angehalten, die Infrastruktur vor Ort zu bewerten und einzustufen. Bus/ÖPNV, Versorgung mit Lebensmitteln, Versorgung mit Ärzt*innen und Apotheken, Gehwege, Wiesen und Parks zählen auch hier zu Dingen, „die gut so sind“.

Quartiers-Check: Stärken und positive Orte

Aus Sicht der Kinder



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 20

Die Sicht der Kinder auf die Stärken des Quartiers Driescher Hof ist eine ähnliche, und gleicht sich mit den Befragungsergebnissen. Dabei hoben die Kinder auch eher schlicht ausgestattete Räume als besonders positiv wahr – so z.B. der Brunnen, der für Wasserspiele genutzt wird und der trotz eines eher weniger attraktiv gestalteten Umfeldes für die Kinder eine großen und wertvolle Bedeutung besitzt.

Folgende O-Töne der Kinder konnten u.a. eingefangen werden:

Ich liebe die OT, weil ich hier oft in den Toberaum gehen.

Der Spielplatz ist toll, weil es hier tolle Geräte für große und kleine Kinder gibt.

Mir gefallen die Graffitis, weil sie so farbenfroh sind

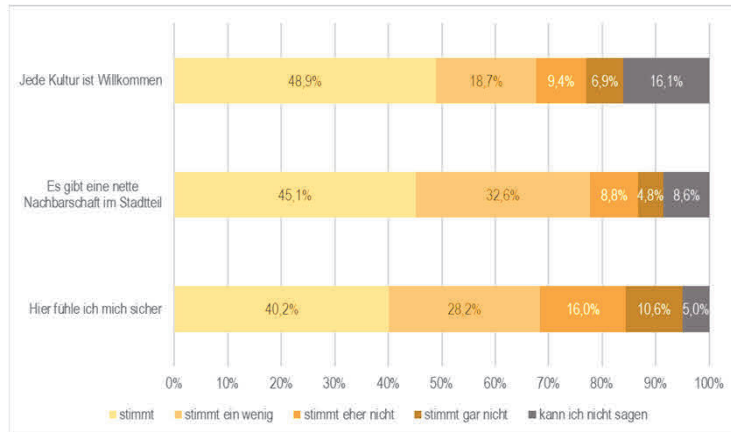
Mein Lieblingsort auf der Grillwiese ist der Baum mit dem Loch.

Ich finde den Bolzplatz schön, denn ich liebe Fußball, weil das auch das Hobby von meinem Vater ist. Ich spiele jeden Tag.

Man kann hier beim Fußballspielen zuschauen oder selber spielen, dass finde ich hier am tollsten.

Stimmungen

n=557



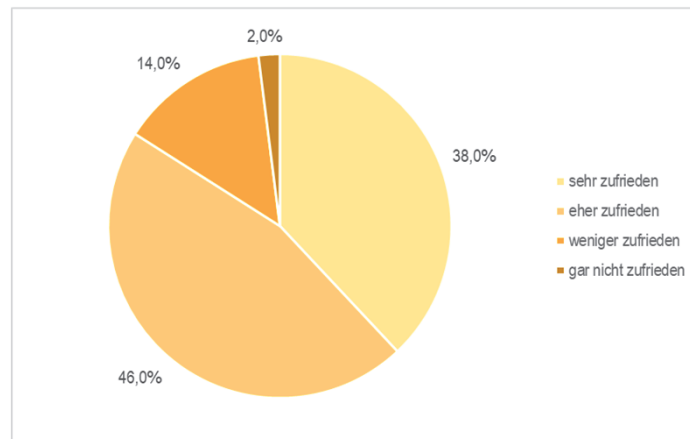
Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 21

Insgesamt gibt es eine positive Wahrnehmung vieler Themen, wie z.B. die positive Wahrnehmung der Nachbarschaft. Fast 80% der Befragten stimmen der Aussage (voll oder teilweise) zu, dass es eine nette Nachbarschaft gibt. Mit deutlichen Anteilen von über 50% der Befragten wird auch die kulturelle Offenheit (67,7%) sowie Sicherheit im Stadtteil (68,4%) positiv hervorgehoben.

Zufriedenheit mit sozialen Kontakten

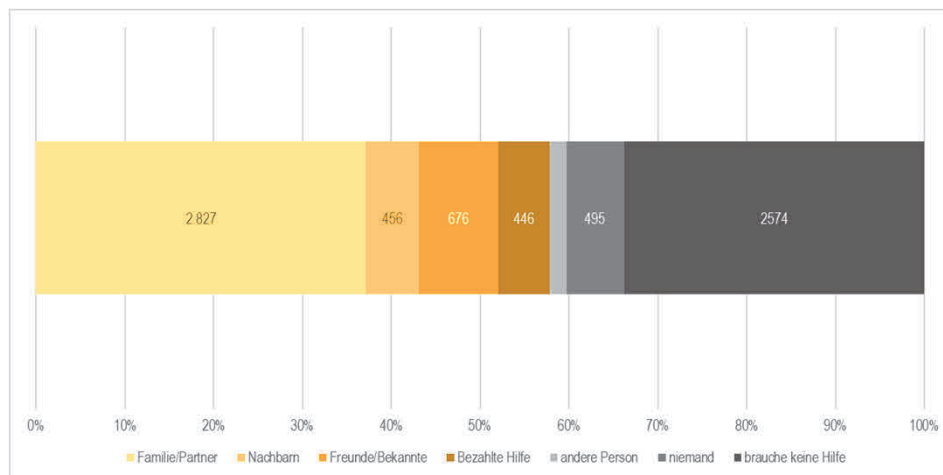
n=574



Über 70% der Befragten sind sehr/eher zufrieden mit ihren sozialen Kontakten, was somit eine eher positive Grundstimmung im Hinblick auf das soziale Gefüge vor Ort unterstreicht.

Hilfsstrukturen insgesamt

n=577



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 23

Gefragt wurde auch nach Hilfsstrukturen, um zu erfahren, bei welchen Alltagssituationen in welcher Form bzw. von wem unterstützt wird. Dabei wurden beispielsweise leichte und schwere Haushaltstätigkeiten abgefragt, Situationen wie Krankheit oder Einsamkeit oder auch handwerklicher Hilfebedarf. Insgesamt stellt bei allen Situationen die Familie die wichtigste Hilfsquelle dar.

Hilfsstrukturen im Driescher Hof



Freunde und Bekannte unterstützen vor allem durch einen Rat oder Einsamkeit, aber auch bei Kinderbetreuung und Besorgungen.

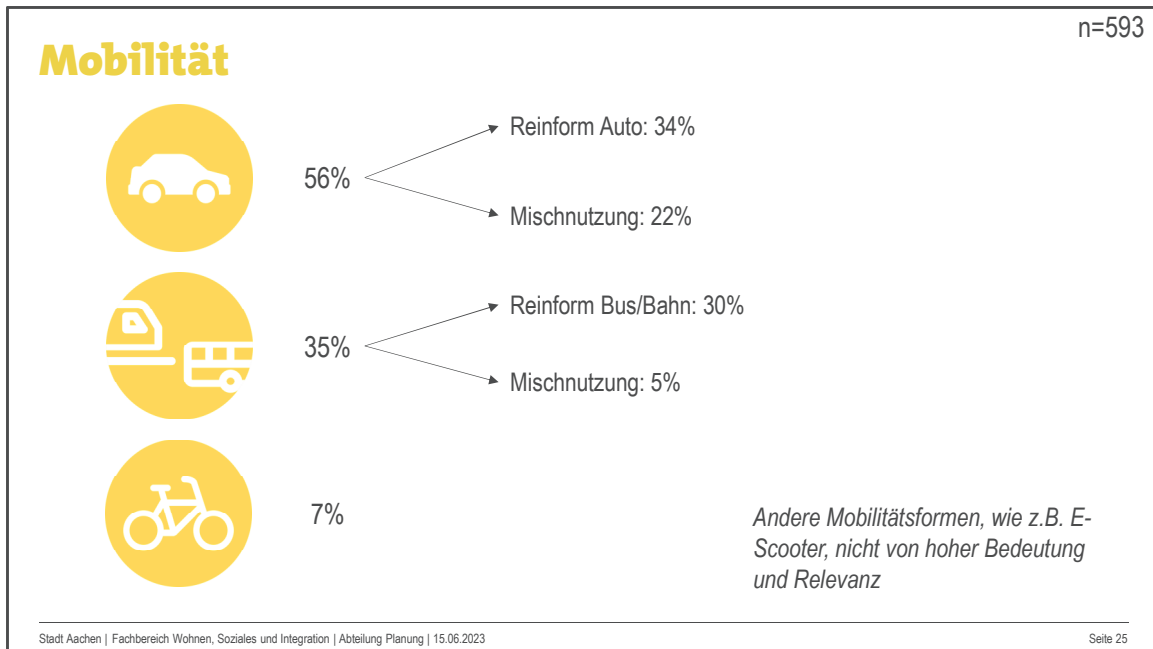


Die Familie und Partner*innen stellen die wichtigste Hilfe dar. Bei allen Bedarfen werden sie am häufigsten hinzugezogen.



Nachbar*innen ergänzen das Hilfsnetz vor allem bei Besorgungen, der Kinderbetreuung und durch Fahrgemeinschaften.

Interessant ist, dass Nachbar*innen zusätzlich zu Freunden/Bekannten eine vergleichsweise bedeutsame Rolle bei Tätigkeiten der Alltagsbewältigung (Fahrdienste, Betreuung und Besorgungen) spielen.

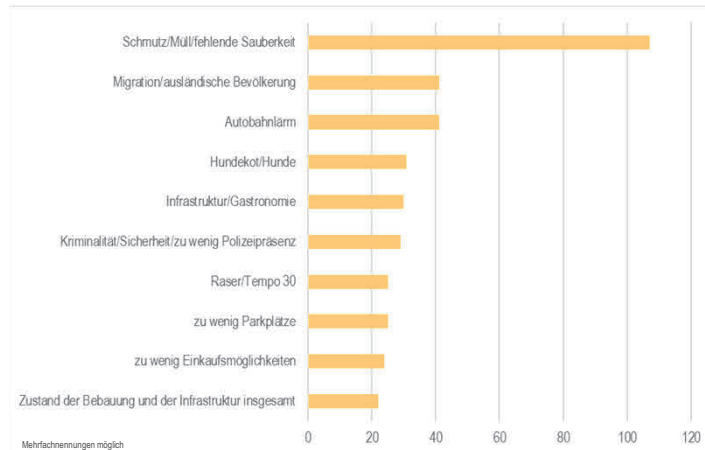


Viele Befragte (34%) benennen das Auto als dominante Mobilitätsform im Alltag, aber auch Bus/Bahn werden von 30% als wichtigstes Verkehrsmittel angegeben. Grundsätzlich bildet das Thema Mobilität/Verkehr eine große Kontroverse: Die Umwandlung der Herderstr. als Fahrradstraße wird als Stärke und Schwäche gesehen. Zum einen wird der Autoverkehr (zu viel Verkehr) als Schwäche des Driescher Hofs gesehen, zum anderen werden mehr Parkplätze gefordert. Plausibel ist außerdem, dass das Mobilitätsverhalten abhängig vom Einkommen ist. Befragte, die zur Miete wohnen, geben Bus/Bahn in fast 40% der Fälle als dominante Mobilitätsform an (Eigentum: 15%).

Befragung Driescher Hof Handlungsbedarfe, Verbesserungspotenziale

Schwächen

n=416



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 27

Insgesamt gab es 801 Nennungen. Es gibt damit weniger Nennungen von Schwächen und unbeliebten Orten im Vergleich zur Stärkenabfrage.

Eine große Schwäche des Viertels wird in der fehlenden Sauberkeit gesehen (Verschmutzung, wilder Müll, Hundekot). Weiterhin ist der Autobahnlärm häufig Grund für eine negative Wahrnehmung des Wohnumfelds.

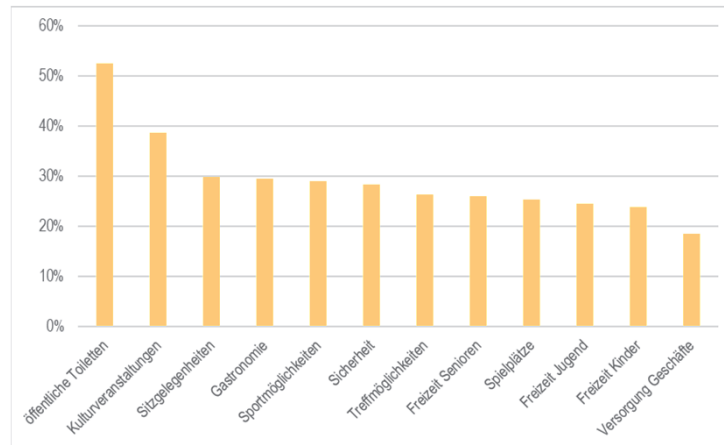
Das Thema Zuwanderung, gepaart mit wahrgenommenen sozialen Verwerfungen im Umfeld gehört ebenfalls zu formulierten Schwächen: Integration, interkulturelle Begegnung und Zusammenleben der heterogenen Gesellschaft vor Ort sind damit wichtige Handlungsfelder für die weitere Zukunft.

Die Spielplätze gehören zu den Stärken des Viertels, einige Befragte sehen aber in ihrem Zustand („ungepflegt“) eine Schwäche.

Explizite Erwähnung finden die Orte zwischen den Hochhäusern und die Parks - offenbar gibt es hier eine Diskrepanz zwischen sehr attraktiven und eher unattraktiven Grünflächen sowie Nacht und Dunkelheit, die für wenig beliebte Orte sorgen.

Infrastruktur: „muss dringend verbessert werden“

n=536



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

Seite 28

Am Schlechtesten bewertet bzw. größtes Verbesserungspotential haben:
Kulturveranstaltungen, Öffentliche Toiletten (besondere Dringlichkeit), Sportmöglichkeiten,
Freizeitmöglichkeiten für Senioren, Jugendliche und Kinder.

Zwar ist die OT D-Hof ein zentraler und wichtiger Anlaufpunkt im Quartier, es besteht aber
durchaus Bedarf für mehr Angebote für alle Altersklassen.

Wohlfühlen

Gründe für fehlendes Wohlfühlen am Driescher Hof	Nennungen	Anteil an allen Nennungen
keine schöne Gegend	72	24,2%
schlechte Versorgung mit Geschäften	49	16,4%
keine nette Nachbarschaft	48	16,1%
Mieten zu teuer	40	13,4%
schlecht mit Bus angebunden	34	11,4%
Haus/Wohnung nicht barrierefrei	31	10,4%
keine schöne Wohnung/Haus	24	8,1%
Gesamt	298	100,0%

Mehrfachnennungen möglich

Auffällig bei den Nennungen zum fehlenden Wohlfühlen (289) ist, dass fünfmal weniger Nennungen als beim Wohlfühlen (1530) gibt. Während also das Wohlfühlen in verschiedenen Facetten und mit verschiedenen Begründungen hervorgehoben wurden, wurden bei den negativen Beschreibungen nicht einmal von allen Befragten Gründe angegeben.

Quartiers-Check: Schwächen und negative Orte

Aus Sicht der Kinder



Die Sicht der Kinder auf die Schwächen des Quartiers Driescher Hof ist eine ähnliche, und gleicht sich mit den Befragungsergebnissen. Müll, Verschmutzung, leere und lieblos gestaltete Räume wurden hervorgehoben.

Folgende O-Töne der Kinder konnten dazu u.a. eingefangen werden:

Es finde es schade, dass das Gebäude keine Kirche mehr ist. Die Kirche war sonntags immer voll, viele alte Leute schaffen es jetzt nicht mehr, in die Kirche zu gehen. Es gab auch viele Angebote vor allem für Senioren. Und Räume, wo man sich treffen oder feiern konnte. (Mutter Elterncafé)

Ich finde es blöd, dass die Mülltonnen verbrannt sind. Die sind auch immer noch nicht entsorgt worden. Es stinkt hier so richtig, die armen Bewohner.

Mir gefällt nicht, wenn der Müll nicht in den Mülleimer geworfen wird, denn die Tiere könnten das fressen.

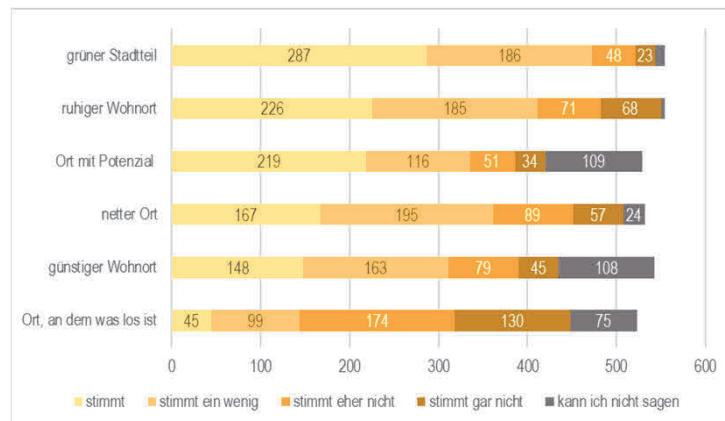
Hier liegt oft Müll, die Mülleimer werden auch nicht oft genug geleert. (Mutter Elterncafé)

Hier fehlen eine Schaukel und eine Rutsche für die kleinen Kinder. (Mutter Elterncafé)

Ich finde diesen Spielplatz gar nicht schön. Hier gibt es gar keine Geräte und man kann nichts machen.

Bewertung des Wohnstandortes

n=523-554



Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

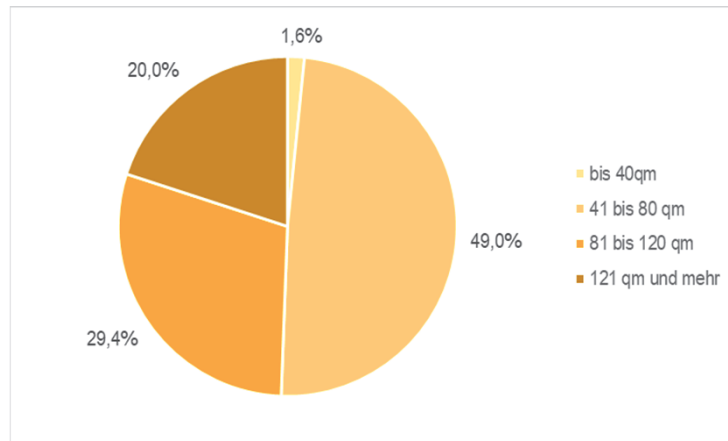
Seite 31

Insbesondere das Label „Ort, an dem was los ist“ fällt auf: Dieses Label wird verneint. Dagegen werden die Label „grün“, „nett“ und „ruhig“ bestätigt. Driescher Hof besticht daher – und dies deckt sich auch mit den beschriebenen Stärken und Schwächen – weniger als Ort an dem viel Aktivität geboten oder der als Ort für Veranstaltungen wahrgenommen wird, sondern v.a. als ruhiger Wohnstandort im Grünen.

Hervorgehoben wird von den Befragten auch, dass sie selbst Driescher Hof als Ort mit Potenzial sehen.

Wohnsituation

n=551



Bei den Wohnflächen spielen Kleinstwohnungen eine untergeordnete Rolle.

Veränderungswünsche

n=551

Quelle: <https://www.couchstyle.de/fotos/3d-grundriss-wohnung-skandinavischroomsketcher-grundriss-roomsketcher-10117>



Wohnraumerweiterung/-veränderung:
261 Nennungen

Quelle: <https://vorwaerts.de/artikel/inklusion-erfordert-barrierefreies-wohnen>



Barrierefreiheit:
177 Nennungen

Quelle: Essen Eitingviertel (A. Weis)



Freiraum:
140 Nennungen

Außerdem: eigene Garage: 81 Nennungen

Mehrfachnennungen möglich

Stadt Aachen | Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | Abteilung Planung | 15.06.2023

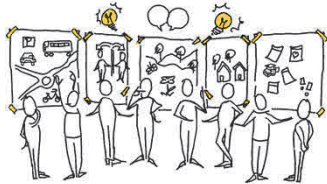
Seite 33

411 Befragte gaben mindestens einen Veränderungswunsch hinsichtlich Ihrer Wohnungen und ihres Wohnumfeldes an:
Barrierefreiheit (inkl. der Kategorie Aufzug) spielt eine große Rolle, genauso wie mehr Raum (weiteres Zimmer, größere Küche). Hierbei lässt sich außerdem differenzieren, dass der Wunsch nach Barrierefreiheit und einem Aufzug mit dem Alter zunimmt und besonders Haushalte mit Kinder den Wunsch nach einem Garten, einer eigenen Garage oder einem weiteren Zimmer äußern. Hinsichtlich der Barrierefreiheit im Quartier lässt sich feststellen, dass Barrieren häufig schon am Hauseingang mit Eingangsstufen festzustellen sind – dies ergab u.a. auch eine Kartierung im Frühjahr 2023.

Befragung Driescher Hof Fazit & Ausblick

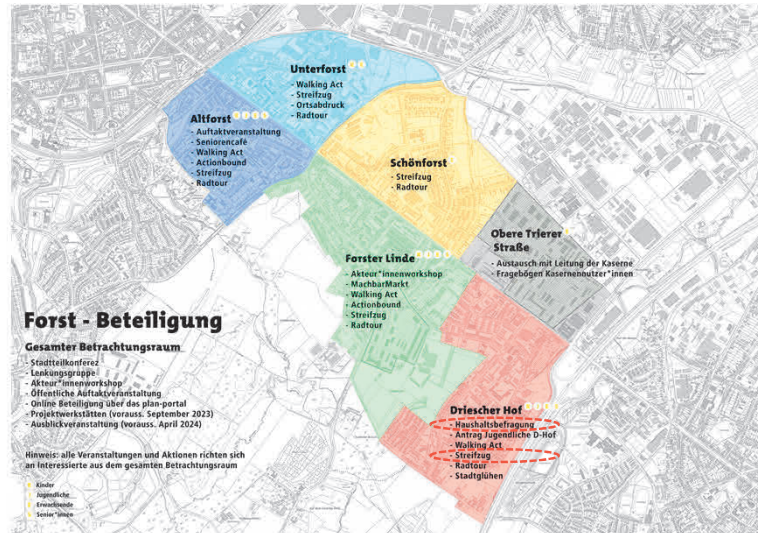


Ausblick



(ISEK) Forst

- Befragung als ein Baustein der Bürger*innenbeteiligung
- Wichtige Erkenntnisse über Teilraum Driescher Hof
- Ableitung von bedarfsorientierten Maßnahmen im ISEK
- Begleitung Plan-Lokal



Die aktuelle Erarbeitung und Aufstellung des ISEK Forst legt eine vielfältige Bürger*innenbeteiligung und Bedarfserfassung zu Grunde, um Handlungsschwerpunkte zu identifizieren, und daraus konkrete, bedarfsorientierte Maßnahmen abzuleiten. Die Bewohner*innen-Befragung und der Foto-Streifzug der Kinder ist einer von vielen Partizipationsbausteinen im ISEK-Prozess, und ist somit in einen großen und komplexen Quartiers- bzw. Stadtentwicklungsprozess eingebettet, dessen Ziel die langfristige Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen ist. Seit Januar 2023 wird die Stadtverwaltung Aachen von dem externen Planungsbüro Planlokal aus Dortmund bei der Erarbeitung unterstützt. Die Ergebnisse werden von diesem Büro zusammengetragen, gebündelt betrachtet und bewertet, um darauf basierend dann Gesamtempfehlungen für Handlungsansätze und später konkrete Maßnahmen abzuleiten.

Fazit & Ausblick

Was passiert mit den Ergebnissen?

Fortschreibung
Handlungskonzept
Wohnen



Quartiersmanagement,
im Stadtteilbüro



Integriertes
Stadtentwicklungskonzept
(ISEK) Forst



Die Befragungsergebnisse fließen aber nicht nur in den Prozess der integrierten Stadtentwicklung ein, sondern finden sowohl Berücksichtigung bei der Fortschreibung des Handlungskonzeptes Wohnen, als auch im Rahmen der bedarfsorientierten Arbeit des Quartiersmanagements im Stadtteilbüro vor Ort. Das Quartiersmanagement wird basierend auf benannten Schwächen und Verbesserungswünschen (z.B. interkulturelle Begegnung, Kultur im Quartier) Projekte mit Trägereinrichtungen und Bürger*innen vor Ort gemeinsam mit der Stadtteilkonferenz auf den Weg bringen.



Vielen Dank!

www.aachen.de

stadt aachen

Liane

Hilfen für Menschen in der Straßensexarbeit



Evaluation: Juli 2022 bis Ende Mai 2023

Inhalt

1 Fallbeispiel

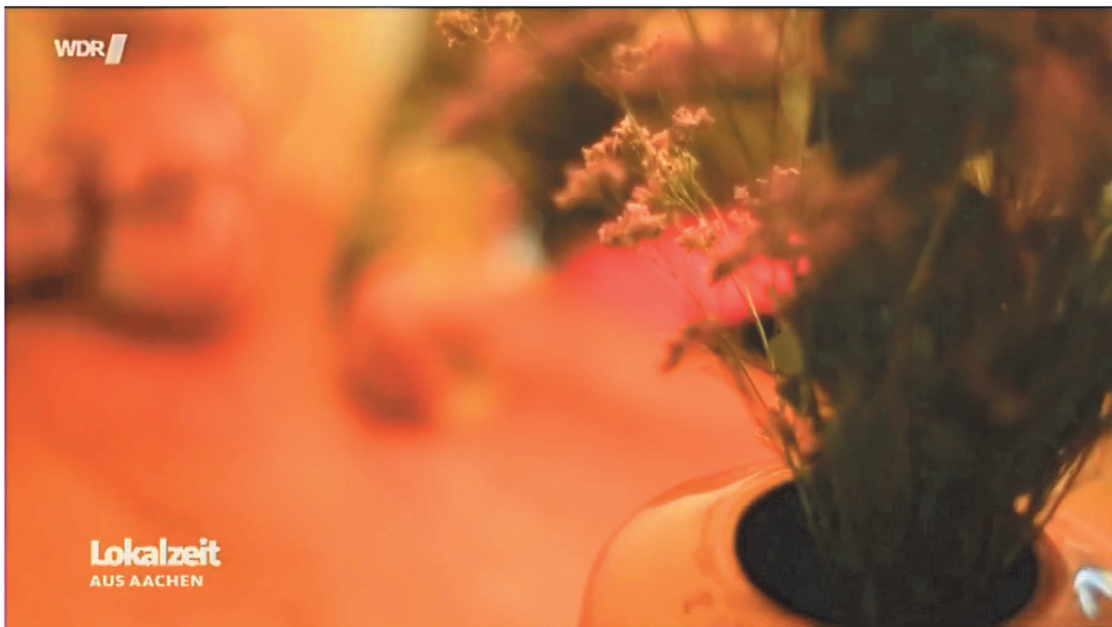
4 Verlauf

2 Beziehungsarbeit

5 Netzwerk- und
Öffentlichkeitsarbeit

3 Schutz- und
Ruheraum

6 Ausblick



Fallbeispiel



Straßensexarbeit



Privatsphäre



Psychische Verfassung



finanzielle Nöte



Wohnsituation



Gewalterfahrungen



Alltagsstruktur



Gesundheitsfürsorge

Zielsetzung

Verbesserung der Gesamtsituation durch...

Eine Verbesserung der Gesamtsituation kann zu einer Stabilisierung der Lebenssituation der Frauen führen. Folgend können Alternativen zur Straßensexarbeit entstehen und einen gewünschten Ausstieg ermöglichen.



**Beziehungs-
arbeit**



**Schutz- &
Ruheraum**



**Netzwerk-
arbeit**



**Öffentlichkeits-
arbeit**

Beziehungsarbeit



Straßensexarbeitende Menschen sind erschwert
adressierbar durch die Soziale Arbeit:

**aufsuchende Soziale Arbeit um
den Kaiserplatz ist ein wichtiger
Teil von Liane**

Ziel:
Kontaktaufnahme und Aufbau stabiler
Arbeitsbeziehungen innerhalb der Lebenswelt

Schutz- und Ruheraum

Öffnungszeiten

- Montag - Freitag: 11 - 17 Uhr
- Adresse nicht öffentlich
- Kein Zugang für cis-männliche Personen
 - Bei Bedarf außerhalb der Sprechzeiten

**Gespräche & Unterstützung
mit Abstand zur Szene**



Aufenthaltsraum mit Kleiderstange



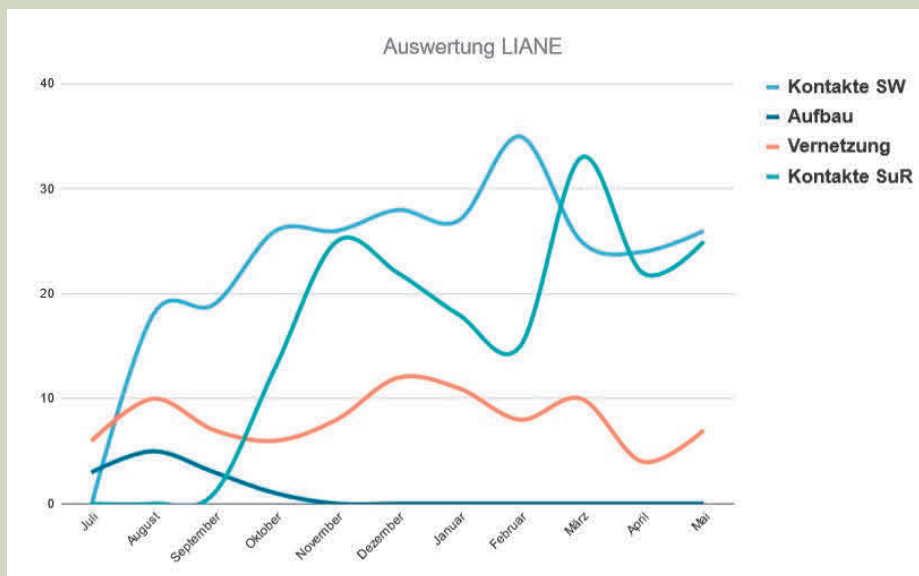
Küche



**Badezimmer mit Dusche
Waschmaschine & Trockner**



Verlauf der ersten Monate





167

Gesamtzahl der Besuche von Oktober 2022
bis Ende Mai 2023 von 10 Frauen*

27

Durchschnittliche Anzahl der Frauen*, die
wir im Streetwork monatlich erreichen

95%

der Zielgruppe bereits beim Streetwork
erreicht

Netzwerkarbeit

WABe e.V.

Wärmestube,
Fachberatungsstelle
Frauenfachberatung,
Arbeitsgelegenheiten



Regional

- Stadt Aachen: Gesundheitsamt, Polizei und Ordnungsamt
- soziale Träger: AidsHilfe, Caritas, Solwodi

Überregional

- LaKo Prostitution und Sexarbeit NRW
- Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeit



Öffentlichkeitsarbeit

Anwohner*innen
Geschäfte
Passant*innen

Wohnungslosenszene
Frauen* in der Straßensexarbeit &
ihre Kund*innen

Öffentlichkeitsarbeit

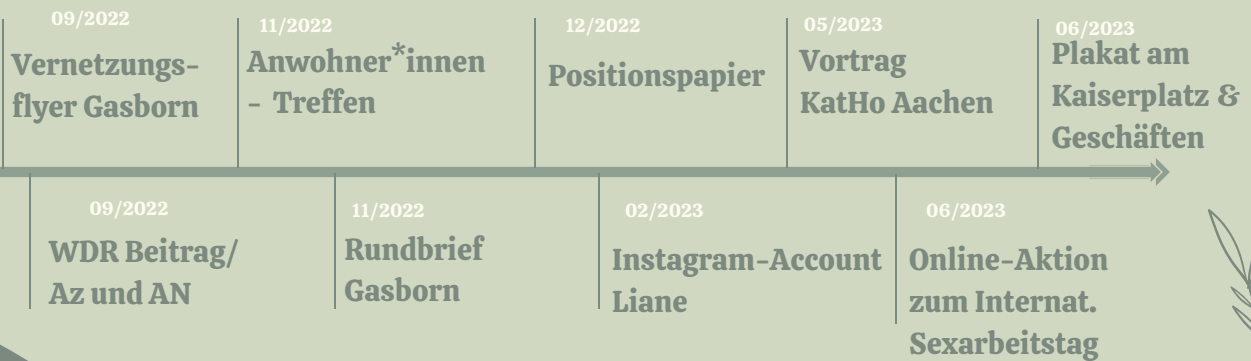
Wir wollen:

- eine laute Stimme für die Frauen* sein
- eine Brücke bauen zu Anwohner*innen, Geschäftsinhaber*innen
- Sensibilisierung & Enttabuisierung für das Thema Straßensexarbeit



Öffentlichkeitsarbeit

Ziel: Sichtbarkeit der Frauen*. Ansprechpartner*innen für Anwohnende sein, Anti-Stigmatisierung





Liane

Ich bin nicht dein Opfer
Gegen Gewalt an Menschen auf dem Strich

WABe e.V.
Mit Unterstützung der
Stadt Aachen

Ausblick

Klient*innen

Kontakte während des
Streetworks intensivieren
&
Besucher*innen-Zahl
steigern
Empowerment über
pädagogische Angebote
Ziel: Peer to Peer



Anwohner*innen

Intensivierung der
Öffentlichkeitsarbeit,
Ansprechperson für sie
sein

Vernetzung

Regionale & überregionale
Zusammenarbeit,
Lotsenfunktion in der
StädteRegion erfüllen



**Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit**



Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie 15.06.2023

Tagesordnungspunkt Ö6:

Erweiterung des Kreises der Aachen-Pass-Berechtigten Ratsantrag Nr. 332/18 der Fraktion Die Linke "Kreis der Aachen-Pass-Empfänger*innen erweitern"

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen eine Erweiterung des Personenkreises um die Gruppe der Wohngeldberechtigten hätte, wenn diese einen Aachen-Pass auf Antrag erhalten würden.

Zusätzlich soll die Verwaltung prüfen, wie die Nutzung des Aachen-Passes attraktiviert werden kann.